

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 10 M., für das übrige Ausland 12 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 10 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtspaltige Monoparitätstabelle über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 3,00 M. netto pro Zeile, Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das jetzige Blatt kostet 1,00 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Lage in Oberschlesien

Generalstreik in Oppeln

Oppeln, 12. Mai. (M. I. B.)

Infolge der Haltung der Interalliierten Kommission ist die Erregung der Bevölkerung in Oppeln aufs höchste gestiegen. Heute mittag wurde der Generalstreik erklärt, der sofort mit aller Schärfe einsetzte, und der auch die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke umfaßt. Sämtliche Beamten haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Am Nachmittag fand vor dem Regierungsgelände eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Im Anschluß daran begaben sich die Vertreter der deutschen politischen Parteien Oberschlesiens zum General Le Rond, um von diesem unzweideutig Auskunft über die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen zur Niederwerfung des Aufstands zu erhalten. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen liegen bis zur Stunde noch keine Mitteilungen vor.

Trotzdem General Le Rond heute dem Grafen Prajma erklärt hat, daß die Warschauer Angaben über den Abschluß eines Waffenstillstandes nicht den Tatsachen entsprechen, ist heute wiederum ein von einer amtlichen polnischen Funkstation ausgehender Funkpruch aufgefangen worden, des Inhaltes, daß ein Abkommen zwischen der Interalliierten Kommission und den Polen getroffen wäre, wonach die interalliierten Truppen stillschweigend abziehen und durch halber-Truppen ersetzt werden sollen.

Von dem Führer der Aufständischen der „Gruppe St.“ ist über das Aufbruchgebiet der Belagerungszustand verhängt worden. Nach dieser Verordnung des Insurgentenführers wird neben Mord, Raub, Sabotage und Diebstahl auch die Verhaftung mit dem Feinde mit dem Tode bestraft. Sämtliche Waffen sind binnen 12 Stunden bei dem nächsten Stadtkommando abzugeben. Sämtliche Zeitungen stehen unter Zensur. Der Fernsprech- und Telegraphenverkehr unterliegt der Kontrolle der von den Aufständischen eingesetzten Behörden. Die Insurgenten unternahmen heute einen Vorstoß aus der Gegend von Rosenburg. Es gelang ihnen, den Bahnhof Rudoba zu besetzen. In der Stadt Rosenburg wurden etwa 30 Geiseln von den Polen festgesetzt. Mehrere Güter wurden geplündert, darunter die staatliche Domäne Paulsdorf. Zahlreiche Ortsvorsteher der Landgemeinden sind verhaftet worden.

Wiederaufnahme der Arbeit

Oppeln, 12. Mai. (M. I. B.)

Während des Verlaufs der zweitägigen Verhandlungen der Vertreter aller deutschen Parteien, einschließlich der Deutschen Nationalen und der Kommunisten, mit der Interalliierten Kommission, hat General Le Rond nochmals versichert, daß keinerlei Verhandlungen mit den polnischen Insurgenten stattgefunden hätten. Es hätte sich höchstens um örtliche Besprechungen zum Schutze der deutschen Bevölkerung und des deutschen Eigentums handeln können. General Le Rond versicherte auch erneut, daß er Truppenverklärungen angefordert habe. Auch ihm sei es am liebsten, wenn englische und italienische Truppen entsandt würden.

Obwohl die Erklärung General Le Ronds nicht in allen Punkten befriedigte, glaubten die Führer der deutschen Parteien doch von einer Fortführung des Generalstreiks Abstand nehmen zu sollen. Demgemäß wurde die Arbeit um 7 Uhr abends wieder voll aufgenommen.

Keine Abmachung mit Korfanty

Wir hatten nach polnischen und englischen Meldungen berichtet, daß zwischen General Le Rond und Korfanty ein Abkommen getroffen worden sei, das durch die Schaffung einer Demarkationslinie den polnischen Aufstand in Oberschlesien legalisiere. Diese Nachrichten werden jetzt durch die folgenden Meldungen widerrufen:

Oppeln, 12. Mai.

Der Vertreter des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, Graf Prajma, gibt heute mittag folgendes bekannt:

Der General Le Rond hat mir soeben aus meine Anfrage in Anwesenheit der anderen Mitglieder der Interalliierten Kommission auf das bestimmteste erklärt, daß der von Warschau verbreitete Funkpruch, es wäre zwischen der Interalliierten Kommission und den Insurgenten Abmachungen getroffen worden, von Anfang bis zu Ende, im ganzen und in seinen einzelnen Punkten, erlogen sei. Es seien weder über einen Waffenstillstand noch über eine Demarkationslinie, noch über einen Übergang der Regierungsgewalt an die Insurgenten oder eine Annosie usw. irgendwelche Verhandlungen gepflogen, geschweige denn Abmachungen getroffen worden.

Oppeln, 12. Mai.

Die Interalliierte Kommission gibt amtlich bekannt:

Gewisse Zeitungen berichten über das Zustandekommen des Waffenstillstandes mit den Insurgenten, wonach eine Demar-

ationslinie festgesetzt worden sei. Diese Nachricht entbehrt jeder Grundlage.

Auch die „Times“ meldet aus Oppeln, daß bisher kein Vertrag unterzeichnet worden sei, der die Autorität der polnischen Aufständischen anerkenne. Es scheint jedoch, daß die französischen Vertreter in der Kommission ein mündliches Abkommen in diesem Sinne getroffen hätten. General Le Rond glaube anscheinend, daß die vollendete Tatsache der polnischen Besetzung ohne weiteres von den Alliierten anerkannt werden müßte. Es besteht also immer noch die Möglichkeit, daß zwar offiziell und unter Verantwortung der Interalliierten Kommission keine Abmachungen getroffen worden sind, daß aber von den französischen Militärs den Polen irgendwelche Zusicherungen gemacht wurden, die diese als bindend angesehen haben. Den Alliierten entsteht jetzt die Verpflichtung, diese Unstimmigkeiten aufzuklären, denn die Interalliierte Kommission in Oberschlesien besitzt zwar für die Verwaltung des ihr unterstellten Gebiets volle Selbstständigkeit, aber sie ist nur ein Organ der Entente, und diese ist letzten Endes für die Tätigkeit der Kommission verantwortlich.

Nach der Anlage zum Artikel 88 des Friedensvertrages wird Oberschlesien einem internationalen Ausschuss von vier Mitgliedern unterstellt, die durch die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, das britische Reich und Italien ernannt werden. Die Ordnung soll durch den Ausschuss mit Hilfe der zu seiner Verfügung gestellten Truppen der alliierten Mächte „und soweit er es für nötig hält, von einer aus den Einwohnern gebildeten Polizei“ aufrecht erhalten werden. Ausdrücklich wird im § 1 dieser Anlage bestimmt:

„Sämtliche militärischen und halb-militärischen Vereine, die in der genannten Zone von den Einwohnern gebildet worden sind, werden unverzüglich aufgelöst. Die in der genannten Zone nicht wohnhaften Vereinsmitglieder haben die Zone zu räumen.“

Einige Blätter geben die Note, die der Botschafter in Paris am Mittwoch an die Gesandten der Alliierten in Warschau gerichtet hat, in ihrem Wortlaut wieder. Sie ist in scharfer Form gehalten und stellt fest, daß die polnische Regierung ihren Verpflichtungen nicht genügt habe, um den Ausbruch des Aufstandes zu verhindern. Es sei festgestellt worden, daß die Aufständischen eine große Anzahl von Waffen und Munition hätten, die unzweifelhaft aus Polen herrührten, und daß sich Soldaten mit polnischer Uniform an dem Aufstand beteiligten. Das Verlangen der polnischen Regierung gegenüber Korfanty wird gerügt und von ihr verlangt, daß sie alles aufbiete, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Die Note schließt:

Unter diesen Umständen haben die verbündeten Regierungen beschloffen, die letzten Ereignisse ernstlich ins Auge zu fassen. Die Botschafter fordern, öffentlich und kategorisch die Aufständischen zu desavouieren und die Schuldigen und Aufständischen auf ihre Verfehlungen hinzuweisen und die strengsten Maßnahmen zu ergreifen, um jede Verbindung mit den schlesischen Agitatoren rüdweg abzuschneiden, gleichgültig, welcher Art diese Verbindungen sein mögen.

Die alliierten Regierungen möchten insbesondere die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die Proklamation des Herrn Korfanty lenken, der die polnischen ober-schlesischen Bürger auffordert, mit Gewalt und, wenn es sein muß, auch gegen die alliierten Regierungen vorzugehen, um sich aus eigenem Recht ihre Macht zu holen.

Die alliierten Regierungen bringen der polnischen Regierung in Erinnerung, daß, indem sie den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, sie sich dadurch verpflichtet haben, die Bestände von Versailles zu respektieren. Wenn daher eine derartige Formalität eintritt, und wenn tatsächlich polnische Elemente, die organisiert sind, großen Schaden anrichten und versuchen, an dem Eigentum der Oberschlesier sich zu vergreifen, dann würden die alliierten Regierungen sich verpflichtet sehen, die polnische Regierung geshicklich verantwortlich zu machen für jeden Schaden, den die Insurgenten in Oberschlesien verursachen haben.

Die alliierten Regierungen haben bis jetzt im Gegensatz zu den fälschlich verbreiteten Nachrichten noch gar keine endgültige Entscheidung in bezug auf die Grenzen Polens gefaßt und sie sind auch gelonnen, in voller Freiheit die Aufgaben, die ihnen der Vertrag von Versailles auferlegt hat, zu vollführen, und die Regierungen lassen sich in keiner Weise in diesem Punkte beeinflussen durch einen Versuch, der sie vor eine vollendete Tatsache stellen möchte.

Man wird nicht festgeben, wenn man den energischen Ton dieser Note und auch die Feststellung der Interalliierten Kommission, daß sie keine Abmachungen mit den Aufständischen getroffen habe, als eine Auswirkung der Annahme des Ultimatums durch Deutschland ansieht. Freilich vermischen wir noch die dazu gehörigen Taten der Alliierten. Es genügt nicht, daß diplomatische Noten mit Polen gewechselt werden, die Regierung dieses Landes, die vorläufig noch von Gnaden der Entente lebt, muß auch zu respektvoller Anerkennung des Vertrages gezwungen werden, der Versuch, durch einen bewaffneten Aufstand den Entscheidungen der Alliierten vorzugreifen, muß sofort liquidiert werden.

Rechts oder links?

Von Rud. Breitscheid

Der Reichstag ist in die Pfingstferien gegangen, ohne daß die neue Regierung ihr Programm entwickelt hätte. Anträge der Unabhängigen und Kommunisten, heute noch eine Sitzung abzuhalten, auf deren Tagesordnung eine Regierungserklärung gesetzt werden sollte, wurden von der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Der Präsident erteilte die nächste Sitzung auf den 31. Mai an. Unserem Verlangen, dann wenigstens die neue Tagung mit der Darlegung und Besprechung des Regierungsprogramms zu eröffnen, wurde ebenfalls nicht entsprochen. Nachdem sich eine Auszählung notwendig gemacht hatte, blieb der größte Teil der Rechtssozialisten und der beiden anderen Regierungsparteien außer halb des Saales und führte so die Beschlussunfähigkeit herbei. Nun hat der Präsident zwar die Freiheit, doch noch die von uns gewünschte Tagesordnung für den 31. Mai festzusetzen, aber es muß auf alle Fälle einen sehr bedenklichen Eindruck machen, daß Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum offenbar doch im Einverständnis mit ihrem Kabinett keinerlei Neigung zeigen, der Regierung so bald als möglich Gelegenheit zu einer Klarstellung ihrer Absichten zu geben.

Daß das Ministerium Wirth sich nicht heute schon mit seinem Programm vorstellen wollte, ließ sich zur Not noch begreifen. Die Art seines Zustandekommens macht eine Verständigung unter seinen Mitgliedern über das, was jenseits der Zustimmung zu dem Ultimatum der Alliierten liegt, vielleicht nicht ganz leicht. Aber es müßte doch selbstverständlich sein, daß es selbst das dringendste Bedürfnis fühlte, zu dem nächst möglichsten Termin über seine Äuße Rechenschaft zu geben. Sein Zögern ist außerordentlich verdächtig. Es kann nur als ein Zeichen der Unsicherheit ausgelegt werden und als ein Beweis dafür, daß es sich über die von ihm einschlagende Richtung selbst noch nicht klar ist. Es sucht offenbar nach neuen Stützpunkten, es will seine Basis verbreitern, und erst wenn es die ihm unvermeidlich erscheinende Ergänzung gefunden hat, eine Erklärung über seine Politik abgeben.

Wertwürdig ist auch, daß die beiden wichtigen Posten, der des Außenministers und der des Finanzministers, noch immer unbesetzt sind. Es sollten doch am Ende der Koalition angehörende oder ihr nahestehende Persönlichkeiten zu finden sein, die sich für diese Plätze eignen. Aber der Eindruck muß sich immer mehr verstärken, daß sie für Vertreter einer Richtung offengehalten werden, die heute noch nicht im Regierungslager steht. Um welche Richtung es sich da handelt, kann besonders nach der Haltung der Demokraten, nicht strittig sein. Die demokratische Fraktion hat unmittelbar vor den Pfingstferien den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, „zur Durchführung der jetzt zu lösenden Aufgaben die zur Mitwirkung eifrig bereiten und fähigen Kräfte, ohne Rücksicht auf ihre bisherige Stellungnahme zur Frage des Ultimatums selbst, und unter besonderer Beteiligung der Kreise des Wirtschaftslebens, heranzuziehen, und nach diesen Gesichtspunkten die Ergänzung und Ausgestaltung des Reichsministeriums vorzunehmen.“

Hinter den vielen Worten verbirgt sich nichts anderes, als die Sehnsucht nach der Beteiligung der Deutschen Volkspartei und damit der glatte Verzicht auf eine linksgerichtete Politik, die darauf aus wäre, sich die Unterstützung oder wenigstens eine Art von wohlwollender Neutralität der Unabhängigen zu sichern.

Da auch Herr Stresemann in einem umfangreichen Artikel, der sich vergebens bemüht, das Streben dieses Parteiführers nach Reichskanzlerposten als den Ausfluß politischer Folgerichtigkeit und Grundhaftigkeit erscheinen zu lassen, die Bereitwilligkeit zur Mitwirkung der Deutschen Volkspartei andeutet, bestünde also zwischen den beiden einander so nahe verwandten Gruppen des Bürgertums in diesem Punkte Einmütigkeit, und die Frage ist nur, ob Zentrum und Sozialdemokraten ebenfalls entschlossen sind, die Anlehnung nach rechts zu vollziehen.

An sich ist das Streben einer nicht über die Mehrheit verfügenden Koalition, ihr Fundament zu verstärken, nachliegend. Aber die parlamentarische Sicherheit, die der Eintritt der Deutschen Volkspartei brächte, würde mit einer politischen Schwächung des Kabinetts Hand in Hand gehen. Welchen Eindruck müßte es zunächst in den Ententeländern machen, wenn die Partei, die mit überwältigender Mehrheit das Ultimatum abgelehnt hat, jetzt zur Mitwirkung bei der Erfüllung seiner Forderungen herangezogen würde! Das Mißtrauen, das sich unter dem Eindruck der von Dr. Wirth in der entscheidenden Nacht gesprochenen Worte ein wenig zu zerstreuen begann, würde sofort wieder verstärkt werden, denn mit gutem Grunde glaubt man draußen nicht an den ehrlichen Willen der Partei, der Herr Stinnes sein Geld und sein Gepräge gibt. Man würde die Entschlüsse vom Dienstag als weitere Beweise der deutschen Verfallenskunst auslegen, und es wäre schwer, der Auffassung entgegenzutreten, daß ein Kabinett aus den Reihen der Insager nur gebildet worden sei, um sich einstweilen über den verhängnisvollen Termin des 12. Mai hinwegzuschwindeln.

Wenn der Reichskanzler diese Gefahr nicht erkennt, dann haben wir keine politische Einsicht beträchtlich überschätzt, und wenn er sich in die unmögliche Situation hineinmanövriert, dann ist die Demokratie und Volksparteier herbeizurufen, dann hat er auf eine Anerkennung seines Entschlusses, die Verantwortung der Unterzeichnung des Ultimatum auf sich zu nehmen, keinen Anspruch mehr. Auch der etwaige Versuch, sich mit der Notwendigkeit herauszureden, Männer des Wirtschaftslebens hinzuzuziehen, würde lässlich scheitern. Die Demokraten scheinen so in der Einbildung zu leben, als ob Männer des Wirtschaftslebens nur in der Gefolgschaft Stresemanns zu suchen seien. Leute, die etwas von den wirtschaftlichen Erfordernissen verstehen, gibt es aber nach unserem bescheidenen Ermessen doch wohl auch außerhalb der Deutschen Volkspartei, und diese besitzen sogar den unbestreitbaren Vorzug, die ökonomischen Erfordernisse nicht unter dem Gesichtswinkel des großindustriellen Profits zu betrachten.

Wehr als die Haltung des Reichskanzlers und als die Frage, ob er die wohlterworbene Abneigung der Rechte gegen ihn durch die Unterwerfung unter das Diktat der Sinneselemente in Liebe zu verwandeln hofft, interessiert uns die Frage nach der Stellungnahme der Rechtssozialisten. Werden auch sie sich zur Verbrüderung mit der Deutschen Volkspartei bereitfinden? Sie bezeichnen heute die rein sozialistische Regierung, zu deren Bildung die Unabhängigen geneigt waren, als ein zwar vorläufig unerreichbares aber doch anzustrebendes Ideal. Glauben sie diesem Ziel am Wege über ein Bündnis mit den Vertretern der monarchistischen Reaktion und des kapitalistischen Unternehmertums näherzukommen? Sie werden sich doch wohl darüber im klaren sein, daß in diesem Falle die Regierung, an der sie teilnehmen, mit unserer schärfsten Gegnerschaft zu rechnen hätte, bei deren Betätigung wir — davon sind wir fest überzeugt — der Sympathie und der lebhaften Unterstützung aller auch nur einigermaßen klassenbewußten Arbeiter sicher sein könnten.

Als Partei haben wir keine Veranlassung, uns die Köpfe der Rechtssozialisten zu zerbrechen und ihnen irgendwelche Ratschläge zu erteilen. Es ist ihre eigene Angelegenheit, sich für rechts oder links zu entscheiden, aber von dieser Entscheidung hängt viel oder vielleicht alles für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung ab.

Dr. Wirth vor dem Reichsrat

In der Donnerstagsitzung des Reichsrats stellte sich Reichskanzler Dr. Wirth vor Eintritt in die Tagesordnung dem Reichsrat mit einer kurzen Ansprache vor, in der er betonte, daß die Regierung noch kein Programm vorlegen könne, daß sie aber eine Politik treiben werde, die darauf hingehe, die Zustimmung zu dem Ultimatum durch Leistungen zu verwirklichen und das deutsche Versprechen ohne Vorbehalt zu erfüllen. Allerdings erwartet die Regierung auch die Anerkennung ihres guten Willens von der Gegenseite und ein ehrlicheres Spiel in Oberschlesien. Der Reichskanzler hat darum, mit ihm den schwereren Weg zu gehen und das „Ja“ der Deutschen Regierung vor allen Gefahren der Störung zu bewahren.

Nach dem Reichskanzler stellte sich der neue Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, dem Reichsrat vor und betonte, daß das Deutsche Reich immer am besten dabei fahren werde, wenn man auf die Bedürfnisse der einzelnen Länder Rücksicht nehme. Der Vertreter Bayerns dankte den Redner und versprach die bereitwillige Mitarbeit des Reichsrates.

Eine deutsche Protestnote

Die Requirierung von Automobilen im besetzten Gebiet

Wegen der Requirierung deutscher Automobile und ihrer Führer für den beschleunigten Vormarsch in das Ruhrgebiet ist den Regierungen in Paris, London und Brüssel von den dortigen deutschen Vertretungen am 10. d. M. eine Protestnote folgenden Inhalts übergeben worden:

Die Rheinlandkommission hatte unter dem 16. Dezember 1920 eine umfassende Bestandsaufnahme und Vormusterung sämtlicher Fahrzeuge, Automobile, Fahrzeuge, Fabriken und überhaupt aller Sachen im besetzten Gebiet angeordnet, die für militärische Zwecke von Wert sein könnten. Die deutschen Bürgermeister mußten bei diesen Bestandsaufnahmen in weitgehendem Maße mitwirken. Die Reichsregierung hatte gegen diese Anordnung sofort Protest eingelegt, da sie in ihr nur Vorbereitungen für eine Mobilisierung sehen konnte. Die Rheinlandkommission leugnete daraufhin diesen Zweck ab. Sie gab an, daß ihre Anordnungen nur als vorsorgliche Maßnahmen für den Fall innerer Unruhen im besetzten Gebiet selbst getroffen worden seien. Sie bestritt in ihrer Antwort entschieden, daß die von ihr zur Mitwirkung bei der Musterung gezwungenen deutschen Beamten und Staatsbürger dadurch zur Unterstützung von Vorbereitungen genötigt würden, die eines Tages zu militärischen Unternehmungen gegen ihr eigenes Land ausgenutzt werden könnten. Vorkommnisse der neuesten Zeit zeigen unzweifelhaft, wie recht die Deutsche Regierung seinerzeit mit ihrem Einspruch hatte. Im Gegensatz zu den ausdrücklichen Erklärungen der Rheinlandkommission werden jetzt auf Grund der Listen, die im Winter bei den Bestandsaufnahmen und Vormusterungen angefertigt worden sind, Verteilungen für den beschleunigten Vormarsch ins Ruhrgebiet vorgenommen. Es werden nicht nur Automobile requiriert, sondern sogar durch Vermittlung der deutschen Ortsbehörden auch deren Führer gleichgültig, ob es sich um die Eigentümer der Wagen oder die Chauffeure handelt, Gestellungsbefehle übermittelt. Kraftwagenbesitzer, die vorübergehend auf Fahrten im unbesetzten Gebiet unterwegs sind, werden unter Androhung von Strafen telegraphisch zurückbeordert.

Alle diese Requisitionsmaßnahmen sind vertrags- und völkerrechtswidrig. Sie dienen nicht den Zwecken der Bekämpfung der Besetzung, sondern dem beschleunigten Vormarsch in ein Gebiet, auf dessen Besetzung den Alliierten weder durch den Friedensvertrag noch durch das Rheinlandabkommen ein Recht eingeräumt ist. Die zwangsweise Heranziehung Deutscher zur Unterstützung dieses Vormarsches stellt eine unerhörte Vergewaltigung dar. Sie steht in schroffem Widerspruch zu dem Prinzip, das im Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung Ausdruck gefunden hat. Die Heranziehung einer Bevölkerung zu Unternehmungen gegen ihr eigenes Land ist unter strengsten Verboten.

Die Deutsche Regierung hat zum Schluß schärfsten Protest gegen das Vorgehen der Besatzungsbehörden erhoben und verlangt, daß die verantwortlichen Stellen angewiesen werden, ihre rechtswidrigen Maßnahmen rückgängig zu machen.

Sklavenvolk und Diktatur

Max Raurenbrecher ist nach der Abstimmung über das Ultimatum am deutschen Volke und seiner sittlichen Kraft völlig verzweifelt. Außer ihm selbst gibt es nur wenig Deutsche, die ein Verständnis für die Not und die Schmach der Zeit besitzen, und auch diese haben zum großen Teil nicht einmal den Mut, das, was sie wissen und sehen, auszusprechen, vielleicht nicht einmal die Ehrlichkeit vor sich selbst, es bis zu Ende wirklich zu denken. Der Reichstag, der „in jedem Wahlkampf von neuem die selbstschützige Gier von Millionen einzeln aufzulösen“ muß,

kann keine Rettung bringen. Eine Führung tut not, und zwar eine, die auf eigenem Rechte beruht.

„Ob diese Führung“, sagt Raurenbrecher, „im ersten Augenblick ihres Auftretens ziffernmäßig die Mehrheit der Deutschen bereits hinter sich hat oder nicht, ist völlig gleichgültig. In einem Stillstand kommt es nicht mehr darauf an, wer die Mehrheit hat, sondern wer die Kraft hat, für sich und die anderen die Ketten der Sklaverei zu zerreißen.“

Die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zu erörtern, wird in den deutschnationalen Kreisen als Hochverrat angesehen, die Diktatur des nationalen Führers „aus eigenem Recht“ zu fordern und zu fördern, gilt als selbstverständliche Pflicht. Aber was soll man nun dazu sagen, daß die, die sich als die vornehmsten Vertreter der deutschen Nation hinstellen, das eigene Volk als Sklavenvolk beschimpfen? Woher nehmen sie den Mut, im Namen einer Gemeinschaft zu reden, die sie selbst lästern und zerhacken?

Die Schutzpolizei als staatlicher Beamtenkörper

Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Der Preussische Minister des Innern hat nach Abschluß eingehender Verhandlungen mit den zuständigen Ressorts Preußens und des Reiches nunmehr angeordnet, daß die noch im Angelegenheitsverhältnis befindlichen Angehörigen der Schutzpolizei sofort als unmitteilbare Staatsbeamte angestellt werden.

Handarbeit in der Schule

Lehrerkollegium und Elternbeiträge

Von zuständiger Stelle wird den „B. W. N.“ geschrieben: Nachdem sich in weitesten Kreisen die Ueberzeugung durchgesetzt hat, daß neben der geistigen auch die werktätige Arbeit in der Schule zur Geltung kommen müsse, regt der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Erlaß an, an Lehrerbildungsanstalten und Schulen aller Art die Handarbeit der Schüler und Schülerinnen in den Dienst der Schule selbst zu stellen. Bislang hat man dabei nur an Aufgaben gedacht, die sich aus dem Unterricht ergeben. Aber auch das Aushilfs- und Schulbetriebs- und die gemeinschaftliche Betätigung der Schüler im Wandern, Spiel, Sport und Kunst enthalten eine Fülle von Aufgaben, die die Jugend gern übernehmen und selbstlos erfüllen wird, wie sie derartige Aufgaben auch in der Familie erfüllt. Insbesondere wird die Schülerschaft, unter Mitverantwortung der Lehrer und Eltern, auch mit wirtschaftlichen Angelegenheiten der Schule betraut werden können, wie: Pflege des Schulhofes und seiner Umgebung, Herstellung, Ausbesserung und Bewirtschaftung von Lehr- und Vermitteln, Versorgung mit Spielgerät, Schmutz der Schule und dergl. mehr. Eine solche Erweiterung des Schulbetriebes ist nur ausführbar, wenn alle Beteiligten einmütig zusammenwirken und wenn es gelingt, die Kreise des Erwerbslebens, die der Schule nahesteht, zur Bereitstellung von Werkstoff und Werkzeug und zur technischen Beratung geneigt zu machen. Die Behörden, die Schulleiter und Lehrer werden die hierfür erforderlichen Mittel, mit den reiferen Schülern, den Eltern und den Freunden der Schule zu überlegen, wie die durch unsere Notlage geforderte Selbsthilfe im Geiste der Arbeitsschule gestaltet und durchgeführt werden kann. Versuche, die freiwillig an geeigneten Anstalten unternommen werden, sollen möglichst tatkräftig gefördert werden.

Dieser Anfang — um einen solchen handelt es sich nur — in der Einführung freier, nicht an starre Formen der Lehr- und Lernens gebundener Handarbeit in den Schulbetrieb ist nur zu begrüßen. Der Versuch würde indes falsch verstanden werden, wenn er nur als Mittel der Selbsthilfe in einer Notlage gewertet werden sollte. Es kommt darauf an, diese handarbeitende Betätigung der Schüler mit vollem Bewußtsein als wertvolles, neues, belebendes Element in den Unterrichtsbetrieb einzufügen, um ihm allmählich immer mehr Spielraum zu gewähren. Auch das Prinzip der gemeinsamen Arbeit von Eltern, Schülern, Lehrern und Freunden der Schule, das der Erlaß andeutet, ist zu wertvoll, als daß es nur als ein vorübergehendes Mittel für einen begrenzten Zweck angesehen werden dürfte. Auch diese Art der Arbeit muß entscheidende Bedeutung für die zukünftige freie Gestaltung der Schule bekommen. Wir müssen aber täglich erfahren, daß sich zahlreiche Lehrerkollegien, auch bei Volksschulen, mit ihrer ganzen Unbelehrbarkeit gegen die gemeinsame Arbeit mit den Elternbeiträgen zur Wehr setzen. Darum möchten wir diese Gelegenheit benutzen, um dem Ministerium zu empfehlen, den Herren recht bald einmal mit unzweifelhafter Deutlichkeit zu sagen, wie sie sich den Elternbeiträgen gegenüber zu benehmen haben.

Eine vernünftige Entscheidung

Das Reichsgericht hat entschieden, daß die im Art. 151 Abs. 1 des Bayerischen Volksschullehrergesetzes vom 14. März 1919 enthaltene Bestimmung, wonach das Dienstverhältnis der Volksschullehrerinnen mit der Eheschließung erlischt, mit der Bestimmung des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, wodurch alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt sind, unvereinbar ist.

Ob die Ruhr-Regierung in ihrer bekannten Verfassungstreue diese Entscheidung anerkennen und danach handeln wird, steht auf einem anderen Blatt.

Befriedigung in England

London, 12. Mai.

„Daily Telegraph“ schreibt, wenn Deutschland seine Bedingungen pünktlich und treu erfüllt, werde das zum Wiederaufleben der friedlichen Tätigkeit führen. Wenn Deutschland ehedem seine Verpflichtungen halte, dann werde vielleicht eine neue Zeit des Fortschrittes und Wiederaufbaus für Europa anbrechen. Es bestehe kein Grund zu bezweifeln, daß Wirth und seine Kollegen aufrichtig sprechen und willens sind, aufrichtig zu handeln.

„Times“ sagt, Deutschlands Entschluß werde überall mit Befriedigung aufgenommen. Wirth habe Klugheit und Mut gezeigt, darauf zu bestehen, daß die Annahme der Bedingungen aufrichtig sein müsse. Es sei zu hoffen, daß nicht einmal nötig sein werde, zu einer Drohung, wie der letzten, Zuflucht zu nehmen, um volle Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland jetzt wiederholt anerkannt habe, zu sichern. Die Zwangsmassnahmen würden aber ohne Zweifel durchgeführt, wenn Deutschland sein Wort breche oder zu Zweideutigkeiten und Verzögerungen greife.

„Times“ erklärt, Wirth habe mit Recht darauf bestanden, daß die Zukunft Oberschlesiens durch den Friedensvertrag entschieden werden müsse und daß die Alliierten unter keinen Umständen zulassen dürften, daß Polen irgendwelche Rechte, die Deutschland kraft des Friedensvertrages in Oberschlesien besitzen müsse, mit den Füßen tritt. Das Blatt ist mit Lloyd George und Wirth der Ansicht, daß die hierauf bezüglichen Pflichten der Alliierten heilige Pflichten seien und getreu und unparteiisch erfüllt werden müßten.

„Daily Express“ sagt, die Hauptsache sei, daß Deutschland einen unbedingten Beweis seiner Ehrlichkeit gibt, —

„Daily News“ meint, die Tatsache, daß der letzte und größte Streit zwischen Deutschland und den Alliierten durch die Annahme der Forderungen der Alliierten aus dem Wege geräumt sei, schäme eine ganz neue Seite. Es handelt sich dem Blatt zufolge jetzt um die Frage, ob einerseits Deutschland mit aller Aufrichtigkeit seine Verpflichtungen nachkommt und ob andererseits die Alliierten bereit sind, Bedingungen zu schaffen, unter denen dies allein möglich ist. Deutschland könne seine Schuld nur durch die Ausführung bezahlen. Daher müßten die Alliierten die Ausdehnung des deutschen Handels fördern und überall vermeiden, ihm Hindernisse in den Weg zu legen.

„Daily Chronicle“ schreibt, man müsse zunächst zusehen, ob die neue deutsche Regierung das durchführt, was sie verspricht. Die Regierung Wirth werde mit den Kräften, die normalerweise in Deutschland die Vorherrschaft hätten, als ihren Gegnern, und mit den zahlreichen lauwarmen Elementen unter ihren derzeitigen Anhängern bei der Durchführung ihrer den Alliierten gegenüber gegebenen Versprechungen rechnen müssen. Der einzige Weg, um der deutschen Regierung zu helfen, sei darin zu suchen, eine feste Haltung zu beobachten und keinen Zweifel zu lassen, daß Versuche, die Versprechungen zu brechen, die Wirkung ihrer Annahme zunichte machen würden. Derselbe Stand, der Deutschland auf den Pfad der Loyalität zurückgebrachte habe, werde nötig sein, um es zu hindern, zu der „Abdul Hamid-Politik“ der letzten 18 Monate zurückzukehren. Das Blatt erklärt, daß die Entente aus dem letzten Streit gestärkt hervorgegangen sei. Es habe sich gezeigt, daß England und Frankreich entschlossen seien, gemeinsam und fest zu handeln, wenn ihre Interessen herausgefordert würden. Man dürfe auch die wertvolle moralische Unterstützung nicht vergessen, die Amerika den Alliierten habe zuteil werden lassen.

„Daily Herald“ sagt, der Einmarsch in das Ruhrgebiet sei nur ein wenig verzögert worden. Die Franzosen hätten es aber eilig, und daher sei es ihr Ziel, Deutschland zu einer sofortigen Richtigstellung zu bringen, indem sie Deutschland Ober- und Niederschlesien herab, damit es nicht zahlen könne, und indem sie durch die Förderung des polnischen Aufstandes eine Lage schaffen, in der Deutschland es nicht wage, abzurufen.

Erklärungen Lloyd Georges

London, 12. Mai. (Unterhaus.)

In Verantwortung verschiedener Anfragen erklärte Lloyd George, daß keine englische Truppe an den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen habe.

Ein Abgeordneter wies den Ministerpräsidenten darauf hin, daß vergangenes Sonnabend die französische Presse ankündigte, im Falle der Befehle des Ruhrgebietes sei die englische Regierung verpflichtet, Zwangsmassnahmen zur See zu ergreifen. Lloyd George antwortete, daß angesichts der Annahme des Verbotsultimatum durch Deutschland es unangebracht sei, diese Frage wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Lloyd George gab ferner zu verstehen, daß das Geleß betreffend Erhebung eines gewissen Prozentsatzes auf die deutsche Einfuhr auch fernerhin in Kraft bleiben wird.

Der englische Bergarbeiterstreik

E. W. London, 12. Mai.

Morgen soll die Leitung der Eisenbahnergewerkschaft mit der der Dockarbeitergewerkschaft in London konferieren. Wahrscheinlich wird die „Boycottierung der Kohle“ von beiden Gesellschaften definitiv angeordnet werden. Die Regierung erklärte, daß sie dies als offenen Konflikt ansehen würde.

Bei der Untergrundbahn werden inzwischen von 53 Kesseln 10 mit Petroleum geheizt. Die großen Schiffsverzien und Maschinenfabriken vonickers mußten mitten Ende dieser Woche geschlossen werden. Es wird bereits mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Die Eisen- und Stahlfabriken sind bereits geschlossen. Trotz des Boykotts durch die Transportarbeiter importiert und verteilt die Regierung weiter im ganzen Lande Kohle. Die Kohlen kommen aus Belgien, Frankreich und Amerika.

In Schottland droht der Eisenbahnerstreik. Hunderte von Fabriken stellen infolge des Kohlenmangels ihre Arbeit ein. Die neue Einrichtung soll für ähnliche Situationen immer beibehalten bleiben.

Mit der geringen Mehrheit von nur drei Stimmen haben die Ratoren und Heizer in Hull beschlossen, weiter auf den Kohlen-schiffen Dienst zu tun. „Daily Chronicle“ berichtet, daß in politische Kreisen verlautet, bei der Regierung bestehe der Wunsch, daß die Bergwerksbesitzer neue Vorschläge machen. Am Clyde nimmt die Arbeitslosigkeit in schleunigem Tempo zu.

Keine belgische Kohle nach England

Brüssel, 12. Mai.

„Independance Belge“ meldet, daß Mahimann, der Sekretär des Hasenarbeiterverbandes von Antwerpen, dem Gewerkschaftsausschusse und dem Eisenbahnerverband mitgeteilt hat, daß die Hasenarbeiter von Antwerpen es ablehnen würden, nach England bestimmte Kohlen zu liefern. Er fordert die belgischen Eisenbahner auf, die Hasenarbeiter zu unterstützen, und es unmöglich zu machen, daß belgische Kohle nach England gelangt.

Moskauer Wirkungen

Nationale Konferenz der französischen Gewerkschaften

Paris, 12. Mai.

Der nationale Ausschuss des Allgemeinen Arbeiterverbandes (CGT) ist heute vormittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht die Frage der internationalen Lage des Gewerkschaftswesens. Jouhaux erklärte, es sei unmöglich, daß der Verband unter den jetzigen, durch die Spaltung der Partei hervorgerufenen Bedingungen, weiterleben könne. Jede Propaganda werde durch innere Streitigkeiten unmöglich gemacht. Das müsse ein Ende nehmen. Die Debatte wird, nach einigen Abendblättern zu schließen, dahin führen, daß es zu einer Spaltung der gemäßigten von den radikalen Elementen kommt.

Selbst diese knappe Meldung zeigt schon, daß die Gewerkschaften in Frankreich infolge der kommunistischen Verwirrung in ihrer Wirkung gelähmt, ja, in ihrem Bestande bedroht sind. Nach der Wahlniederlage der Partei in Frankreich, waren die Gewerkschaften der einflussreichste Faktor der französischen Bewegung. Auch ihre Bedeutung wird nunmehr, falls es auch hier zu einer Spaltung kommen sollte, aufs neue geschwächt, wenn nicht gar vernichtet. Und das geschieht in einem Lande, in dem der geschlossene Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus dringend geboten wäre. So wird von Moskau aus die Weltrevolution gefördert.

Keine deutschen Bedingungen. Die Nachricht einer Telegramm-Agentur, daß der deutsche Botschafter in London bei der Ueberreichung der Note an die Annahme des Ultimatum Bedingungen geknüpft habe, die nachher von dem englischen Premierminister zurückgewiesen worden seien, ist falsch.

Für Verstädtlichung der Polizei

Gegen den Schieberlaß — Beseitigung der Prügelstrafe in den Erziehungsanstalten

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte sich u. a. mit einem Antrag der Kommunisten zu befassen, der die Aufhebung des Heineschen Schieberlasses fordert, der sich nach den bisher gemachten Erfahrungen in der Hauptsache gegen unliebsame linksstehende Persönlichkeiten richtet. Der kommunistische Antrag wurde schließlich von den Antragstellern zurückgezogen zugunsten eines entsprechenden Antrages unserer Fraktion, der noch weitergehend die Verstädtlichung der Polizei fordert. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurde unser Antrag angenommen.

Recht lebendig gestaltete sich die Sitzung bei Beratung der neuen Hausordnung für die städtischen Erziehungsanstalten. Die Magistratsvorlage will die Prügelstrafe beseitigen. Die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, als „Träger der deutschen Kultur“, forderten die Beibehaltung dieser entwürdigenden Strafe. Die sozialistischen bzw. kommunistischen Fraktionen setzten sich natürlich für den Magistratsantrag ein und verhalfen diesem zur Annahme.

Sitzungsbericht

Die gestrige Sitzung der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß zunächst, nach einem Bericht des Stadtverordneten Dethleffen (Dnat.), den Magistrat zu ersuchen, eine Revision des Gemeindebeschlusses vom März 1903 betr. die Bewilligung von Ruhegehaltsgeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen unverzüglich vorzunehmen.

Ferner wird dem Turnverein „Fichte“ eine Beihilfe von 3000 M. gewährt.

Zur Annahme gelangt ein Antrag v. Egners (D. Sp.), den Magistrat zu ersuchen, für die Darlehnskasse für Beamte und Arbeiter der Stadt Berlin, deren Mittel erschöpft sind, sofort weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Versammlung hatte f. Zt. beschlossen, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung jederzeit berechtigt sein sollen, zu nehmen.

Einblick in die Magistratskassen

Zur Kenntnisnahme teilt der Magistrat mit, daß er die dem Beschlusse in seiner allgemeinen Fassung nicht entsprechen könne.

Bei dieser Gelegenheit greift Genosse Dr. Freund den Oberbürgermeister noch wegen seines selbstherrlichen Auftretens scharf an. Die Radikalpolitik des Oberbürgermeisters dürfe sich bei der Versammlung nicht mehr gefallen lassen. Die unabhängige Fraktion fordere die Aufrechterhaltung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Februar 1920.

Stadtbildungs Dr. Lange: Einen anderen Weg gab es für den Magistrat nicht, nachdem die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß in dieser Form gefaßt und diese unangenehme Lage geschaffen hatte. Wir hätten keinen Anlaß gehabt, die Stadtverordnetenversammlung zu brüskieren, wenn sie uns nicht brüskiert hätte. (Lärm links!)

Doer (Komm.) erklärt, daß seine Freunde für den unabhängigen Antrag eintreten.

Woenig (S. P. D.): Der Magistrat ist rechtlich und moralisch zu seiner Vorlage berechtigt gewesen. Wir lehnen den Antrag der Unabhängigen ab.

Bei der Abstimmung wird der Antrag unserer Fraktion abgelehnt.

In gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat findet die Wahl von Mitgliedern des Bezirksamtsauschusses statt. Zu einem ordentlichen Mitglied wurde u. a. gewählt: Genosse Redakteur Eugen Prager.

Die Vorlage betr. Hinzuziehung von Beateatern der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Deputationsleistungen wird einem Ausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Eine Vorlage des Magistrats betrifft die Abänderung der Hausordnungen für die Erziehungsanstalten „Straweshof“ und „Vindenhof“. Diese entseht eine lange und teilweise kühnliche Erörterung, speziell über die Bestimmung, daß die Prügelstrafe in diesen Anstalten nicht mehr in Anwendung kommen darf.

Die Bürgerlichen treten für Beibehaltung der Prügelstrafe ein. Herr Steininger leistete sich die Redemondung, daß 25 Schläge auf die Erziehungsfläche mandem Bengel heilsam wären. Gegen die bürgerlichen Erziehungs methoden wandte sich Genosse Schneider: Man soll es nicht für möglich halten, daß im Jahre 1921 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung noch eine Debatte über die Notwendigkeit der Prügelstrafe als Erziehungs mittel stattfinden kann. (Zurufe rechts: Auch für Erwachsene ist die Prügelstrafe gut.) Wenn die Bürgerlichen sich darüber beklagen, daß durch Abschaffung der Prügelstrafe die fürsorgegänger besser gestellt würden als die Schüler in Volks- und höheren Schulen, dann haben sie es ja in der Hand, mit uns gemeinam dafür einzutreten, daß in allen Schulen die Prügelstrafe beseitigt wird. Wir Unabhängigen werden für die Vorlage des Magistrats stimmen.

Auch Dörz (Komm.) und Blum (Soz.), der jetzige Direktor der Anstalt Vindenhof, setzen sich nachdrücklich für das Verbot der Prügelstrafe ein.

Die Vorlage des Magistrats wird angenommen. Dr. Caspari (D. Sp.) spricht zu einem Antrag seiner Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um den ungehinderten Verkehr mit dem Rathaus während der Sitzungen zu gewährleisten. Redner verweist auf die bekannten Vorkommnisse bei den MassenDemonstrationen der Arbeitslosen und anderen Gruppen. Wenn die Menge drohend vor den Türen steht und vom Balkon beruhigt werden müsse, sei die Versammlung nicht frei in ihren Beschlüssen.

Dr. Koelzig (U. S. P.): Die Begründung des Herrn Dr. Caspari war recht armfellig. Er sagt, es sei der Versammlung unmöglich, daß die Stadtverordneten durch die Demonstrationen gehindert sei n, ungehindert ins Rathaus ein- und auszugehen. Es ist charakteristisch, daß die Rechte immer bestrebt ist, möglichst viel Stacheln und möglichst viele Balanette zwischen sich und die arbeitende Bevölkerung zu bringen. Damit werden nur neue Forderungen gelegt, die dazu führen, die Arbeiterschaft in ihrer großen Not der Willkür der Militaristen preiszugeben. Weil wir aber nicht das geringste Vertrauen zu der heutigen politischen Exekutive haben, bitten wir dringend, den Antrag v. Egners abzulehnen.

Stadtrat Wege: An einzelnen Tagen war es notwendig, zum Schutze des Hauses und zur Sicherheit der Mitglieder die Tore des Hauses zu schließen.

Stadtr. Doerz (Komm.): Die Versammlung hat das Recht, Auskunft zu verlangen und wir möchten sehen, ob sich Dr. Wegel dieser Pflicht entziehen will.

Stadtrat Wege lehnt nähere Angaben über die von ihm geplanten Sicherungsmaßnahmen ab.

Stadtr. Caspari (D. Sp.) zieht auf Grund der Erklärungen des Magistratspräsidenten seinen Antrag zurück.

Es folgen Anträge, die sich auf den Gebrauch der Schusswaffen

durch Polizeibeamte bzw. die Sicherheitswehr beziehen.

Doerz (Komm.) begründet einen Antrag Gabel, nach welchem der Magistrat ersucht werden soll, sofort Maßregeln zu treffen, die jede Mißhandlung „auf der Flucht“, Anschlägen oder Erschießen von Personen verhindern, wenn sie sich in den Händen der Berliner Polizei befinden.

Dr. Weinberg (U. S. P.): Die Zustände, die dem Antrag zu Grunde liegen, empfinden wir als eine Kulturkatastrophe, und wir halten es für unerträglich, daß, während Raub und Totschlag und ähnlicher schwere Delikte nicht mit der Todesstrafe bedroht sind, jede Mißhandlung und jeder Verstoß gegen die Würde, gegen eine nach dem Strafrechtbuch vollkommene straflose Selbstbefreiung eines Gefangenen die Todesstrafe gegen diesen zu verhängen und sofort zu vollstrecken. Wir halten dies für um so unerbittlicher, weil auch unbedeutende Passanten in Lebensgefahr gebracht werden. Der Redner führt einige markante Fälle an und führt dann fort, daß man nach den bisher gemachten Erfahrungen zu der Überzeugung kommen müsse, daß das Recht auf den Waffengebrauch sich weniger gegen schuldige Verbrecher richte, als dann diene, mißliebige Politiker der Linksparteien zu beseitigen. Man hat es bei der Internierung derartiger angeblicher „Mischungsver“ zu einer geradezu technischen Meisterei gebracht, wie die Fälle von Karl Viehnecht, Logisches, Dornbach, der Arbeiter von Thal und Wechtershildt und schließlich der Fall Salt beweisen. Der Redner erörtert dann eingehend die Gründe, die gegen die Annahme sprechen, als ob es sich im Falle Salt um einen wirklichen Flüchtlungsverkauf gehandelt habe. Gegenüber dem Antrag der Kommunisten verweist der Redner darauf, daß der Magistrat nach der gegenwärtigen Rechtslage gar nicht die Möglichkeit hat, seinerseits Maßnahmen zu treffen und stellt namens der unabhängigen Fraktion folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß 1. das Recht der Polizei und des Militärs auf den unbedingten Waffengebrauch gegen fliehende Personen beseitigt, und 2. die Berliner Polizei verstädtlicht wird.

Da die Kommunisten ihren Antrag zurückziehen und für den Antrag unserer Fraktion eintreten, wird dieser gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Die Stadtr. Koeder und Gen. (Wirtsch. Ba.) beantragen, an geeigneter Stelle Schritte zu unternehmen, daß der Schusspolizei und den militärischen Formationen das Ueberraschliche auf den Kalzernhöfen und öffentlichen Plätzen der Stadt ein für allemal verboten wird. Nach kurzer Aussprache stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

Ein Antrag Gabel und Gen. enthält Vorschläge zur wirtschaftlichen Verbesserung der Wunden in den städt. Blindenanstalten. Nach eingehender Behandlung des Fahrs dieser Unfallkassen wurde der kommunistische Antrag teilweise angenommen. Ein Antrag unserer Fraktion, der vom Genossen Jössel bearbeitet wurde und die Schaffung eines Wohlfahrtsfonds fordert, wurde einstimmig einem Ausschuss überwiesen. — Schluß der öffentlichen Sitzung um 10 Uhr.

Kapitalistische Rückentwicklung in Rußland

In der soeben erschienenen Nummer 7 des „Sozialistischen Voten“ (des in Berlin erscheinenden Organs der Auslanddelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) finden wir neben anderem interessanten Material einen vom 10. April datierten Brief aus Moskau, der in anschaulicher Weise die rapide Rückbildung der Verhältnisse schildert, die die Sowjetregierung vorzunehmen genötigt ist. Es heißt in dem Brief:

„Wir streben mit vollen Segeln einem Kapitalismus zu, der ebenso eigenartig zu werden verspricht, wie der russische Sozialismus. Die Parole des Tages ist: einen grundlegenden Umbau des ökonomischen Systems vorzunehmen, aber keinerlei Konzessionen auf politischem Gebiete zu machen, eine „Verständigung“ anzustreben mit den unorganisierten Volksmassen, aber alle organisierten Elemente auszuschalten.“

Die Märkte durchleben jetzt eine Periode der neuen Jugend. Es gibt Berge von Waren, als und jung handelt. Die Preise waren eine zeitlang gesunken (Koggenmehl 70 000 Rubel für das Pud, Brot 2000 Rubel für das Pfund), sie sind jetzt aber wieder fest geworden. Die Speckkonserven sind aufgehoben, und wer nur vermag, führt Lebensmittel ein. Da die freien Märkte nun legalisiert sind, muß den Arbeitern auch die Möglichkeit gegeben werden, etwas zu kaufen. Daher die Dekrete, wonach an die Arbeiter Prämien in Form ihrer eigenen Erzeugnisse verteilt werden und die Einschränkungen des Geldes aufgehoben werden. Wohin dieses Prämien system führen wird, weiß niemand.

Das Dekret über das Genossenschaftswesen gibt den freien Genossenschaften, die den hässlichen Warenaustausch zwischen Stadt und Land einigermaßen regeln könnten, keine Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Tätigkeit.

Die Kommunisten sehen ein, daß man nun nach Einführung des freien Handels an die Wiederherstellung der Industrie schreiten muß. Ueber die Art

und Weise jedoch, wie das geschehen soll, wird noch hin und her gestritten. Es sind Projekte ausgearbeitet worden, wonach die gesamte Kleinindustrie denationalisiert werden soll; zu diesen Betrieben sollten solche mit 30, 50, 70 und 100 Arbeitern gehören. Ein solches Projekt war bereits in den Rat der Volkskommissare eingebracht, aber dort regte die Meinung Rykova, daß man die Zahl der Arbeiter nicht festlegen solle, sondern den Uebergang von der Nationalisierung zur Privatwirtschaft je nach den Bedingungen des betreffenden Industriezweiges regeln müsse. Ein entsprechender Entwurf wird jetzt ausgearbeitet.

Es heißt, daß in einer sehr verantwortlichen Sitzung der kommunistischen Funktionäre der Wirtschaftsorgane die Erklärung abgegeben wurde, es beständen keine Hoffnungen auf industrielle Konzessionen (England verhält sich ablehnend, Wanderlip schwant), man müsse deshalb zur privaten Initiative im Lande selbst greifen. Es hat den Anschein, daß diese letzte Anbahnung unter den Kommunisten mehr und mehr an Boden gewinnt.

Es wird ferner auch die Frage eines Münzsystems erörtert. Unter den Kommunisten gibt es viele Anhänger der Silberwährung, aber die „Spezialisten“ kritisieren diese Idee, zumal die Ummünzung länger als ein Jahr dauern würde.

Man spricht noch über eine ganze Reihe weiterer Projekte oder Gerüchte, so über die Wiederherstellung der Freizügigkeit der Arbeiter und Angestellten, über die Freigabe des Güterverkehrs, ja selbst über die Wiederherstellung der Banken, „die mit dem Auslande in Verkehr standen“, (das heißt aller großen Banken). In diesen Gerüchten dürfte viel Ueberreizung und Phantasie stecken, aber hauptsächlich niemand weiß, wie weit diese ökonomische Ummünzung gehen wird.

In der Masse der Kommunisten herrscht eine ungeheure Bewirrung; viele sind äußerst unzufrieden, daß alles insgeheim, ohne Erörterung in der Partei, entschlossen wird. Man kommt zu der Überzeugung, daß es eine Partei nicht gibt, und man entwirrt sich darüber. Die Mehrzahl glaubt, daß die volle Liquidation des Kommunismus eingeleitet hat, und daß es nun kein Halten mehr geben wird. Viele sind der Ansicht, daß es unter diesen Umständen unmöglich sein würde, die Gewalt zu behalten, und sie erörtern die Frage, wie die politische Umgestaltung

vor sich gehen wird. Ein kleiner Teil (der Kommunisten) tritt für eine Verständigung mit den Sozialisten ein (wenn auch nur in Form der Legalisierung der letzteren). Diese sind gegenwärtig in der Minderheit und schweigen. Viele Kommunisten sprechen es offen aus, daß die Aufgabe der Partei darin bestand, die Kleinbürgerliche oder radikale Revolution in Rußland zu sichern, und daß es notwendig sei, die Gewalt „für den Fall“ unerwarteter Ereignisse in Europa zu behalten. (Die Mehrzahl ist über den Gang der Ereignisse im Westen tief enttäuscht.) Im allgemeinen herrscht, namentlich in der Jugend, ein geistiger Wirrwarr. Einige junge Agitatoren weigerten sich, sich in die Betriebe zu begeben, da sie nicht wüßten, was sie den Arbeitern sagen sollten. (Was kein Wunder ist, da viele von ihnen noch drei Tage vor dem Erlass des Gesetzes über die Naturalsteuer Resolutionen gegen die Naturalsteuer in den Betrieben durchdrückten.)

Was die Massen anbetrifft, so schenken sie anfangs den neuen Dekreten keinen Glauben. Nachdem aber nun die Dekrete verwirklicht werden, verliert die fröhliche Haltung gegenüber der Regierung, soweit ich beobachten konnte, ihre Schärfe, und wird auch weiter ihre Schärfe verlieren. (Nicht alle sind mit meinem Urteil einverstanden.) Aber die Wäkung vor der kommunistischen Partei ist endgültig dahin. Es war gleichsam so, als ob die Leute immer noch gehofft hätten: vielleicht waren die Kommunisten doch im Recht? Jetzt aber heißt es: „Sie haben sich selbst preisgegeben.“ So schlägt das Volkurteil die Kommunisten ein.“

Kulturbilder aus Gorthy-Ungarn

In den ungarischen Internierungslagern befinden sich immer noch viele Tausende von Gefangenen, die wegen „bolschewistischer Gesinnung“ verhaftet wurden. Die Zustände in diesen Internierungslagern bildeten kürzlich den Gegenstand einer Interpellation in der ungarischen Nationalversammlung, wobei grotchastige Einzelheiten zur Sprache kamen. Der Oberbefehlshaber des Internierungslagers von Jala Egerseg hat die für die Verpflegung der Gefangenen bestimmten Gelder unterschlagen und den Internierten Viehputzer vorsetzen lassen. Da zahlreiche dieser Unglücklichen schon seit 18 Monaten interniert sind und für ihre Verpflegung keine Sorge getragen wird, verkaufen ihnen Kleider und Wäsche auf dem Weide. Infektionskrankheiten schießen die Reihen der Gefangenen in erschreckendem Maße. Dazu kommt die Brutalität des Wachtpersonals, die sich besonders in Uebergriffen gegen die wehrlosen internierten Frauen äußert. Diese Mittelungen riefen einen beratigen Sturm der Entrüstung unter den oppositionellen Abgeordneten der Nationalversammlung hervor, daß sich die Regierung veranlaßt sah, eine Untersuchung einzuleiten. Der Minister des Innern reiste persönlich nach Jala Egerseg; obwohl er sich von der Wahrheit der Anschuldigungen überzeugen konnte, ist bis heute noch keiner der Schuldigen zur Verantwortung gezogen worden. Zur Bewähigung der erregten Gemüter versprach dann die Regierung in der Nationalversammlung, Vorkehrungen für die Besserung der Lage der Internierten treffen zu lassen, erklärte aber gleichzeitig, die Internierungslager selbst noch nicht auflösen zu können, da sie für die Sicherheit des Staates unentbehrlich seien.

Die rote Hilfe

Nach dem Abbruch des Märzputsches richtete die B. A. P. D. zur Unterstützung der Opfer ein besonderes Komitee ein, das sie rote Hilfe nannte. Die in Berlin bestehende Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft, die sich aus Vertretern aller sozialistischen Parteien zusammensetzt, wurde dabei völlig übergegangen. Da wir keine Betanlassung haben, gesammelte Gelder an eine Stelle abzuliefern, die uns keinerlei Kontrolle über die zweckmäßige Verwendung gestattet, empfehlen wir unseren Genossen in einer roten Hilfe, Gelder, die für die Unterstützung gesammelt werden, nicht an die rote Hilfe, sondern an die Unterstützungskommission, eventl. durch Vermittlung unserer Parteikassierer, abzuliefern. Wir brachten dabei deutlich zum Ausdruck, daß wir eine Unterstützung der unschuldigen Opfer für notwendig halten.

Die „rote Fahne“ allerdings behauptete, daß wir die Unterstützungsaktion sabotierten. Tatsächlich ist aber gerade durch die B. A. P. D., und zwar durch die Gründung der roten Hilfe, eine solche Sabotage eingeleitet. Auf Sammelkästen der Unterstützungskommission sind bisher stets von allen Arbeitern große Beträge eingezahlt worden. Wäre dieser wie bisher die Unterstützungsauszahlung übertragen worden, hätten die in Frage kommenden Opfer sicherlich auch schon namhafte Beträge erhalten. Da aber durch die Sonderaktion der B. A. P. D. die Unterstützungskommission für diese Zwecke bisher keine Gelder erhalten hat, konnten Auszahlungen auch nicht erfolgen.

Es ist eine kommunistische Unverschämtheit, trotzdem von der Unterstützungskommission zu verlangen, die in Berlin Gemahls regeln zu unterstützen, obwohl bekannt ist, daß die noch zur Verfügung stehenden Gelder für die Revolutionsoffiziere nicht mehr groß sind. Ein Antrag der roten Hilfe an die Unterstützungskommission, die einmalige Unterstützung der Berliner Gemahlsregeln zu übernehmen, wurde von der Unterstützungskommission mit Einschluß der Kommunisten abgelehnt. Obwohl das der „roten Fahne“ bekannt sein muß, ist die Ablehnung zum Anlaß, die U. S. P. und die „Freiheit“ in ihrer bekannten Manier zu begeltern.

Volksjustiz — Juristenjustiz

Aus Ludwigshafen (Rh.) wird uns geschrieben: Das Schwurgericht in Zweibrücken verurteilte im Frühjahr dieses Jahres eine Frau aus Ludwigshafen a. Rh. wegen Hehlerei zur Abweisung zu 10 Monaten Gefängnis. Die Frau hat 5 Kinder im Alter von 15 bis zu 6 Jahren. Ihr Mann ist im Gefängnis. Er hat sich überhaupt nie viel um seine Familie bekümmert. Aus Hunger ließ sich die Frau dazu bestimmen, an der Geliebten eines reichen Bauern eine Abtreibung zu versuchen, es waren ihr dafür 1000 Mark versprochen worden. Die Geschworenen sprachen sich im Hinblick auf die Notlage, in der die Frau gehandelt hat, und im Hinblick auf deren Krankheit einstimmig für Zubilligung einer Bewährungsfrist aus. Die Strafkammer jedoch — nur aus Juristen bestehend — hat der armen Frau die Bewährungsfrist verweigert; auch das übergeordnete Gericht, auch nur aus Juristen bestehend, hat der Frau eine Bewährungsfrist verweigert. Beweis für die „Milde“, mit der die Berufsstichter ihres Amtes walten.

Mittrauensantrag der sozialistischen Parteien gegen den bayrischen Kultusminister. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen haben im bayrischen Landtag einen Antrag eingebracht, wonach dem Kultusminister Ratt das Mittrauen des Landtages ausgesprochen werden soll. Der Mittrauensantrag wird begründet mit dem Verhalten des Kultusministers gegenüber der Lehrerschaft und mit seiner gegenwärtigen Stellung zur republikanischen Staatsverfassung.

Küster des Ministerialdirektors Dr. Goepfert. Der Ministerialdirektor im kaiserlichen Amt, Dr. Goepfert, ist zurückgetreten. Goepfert war Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Paris und hat auch an den Londoner Verhandlungen teilgenommen.

Nichtigstellung. Die von uns in der Donnerstag-Morgenausgabe gebrachte Mitteilung, daß Heilmann aus dem Vorstand der sozialdemokratischen preussischen Landtagsfraktion ausgeschieden sei, beruht auf einem Irrtum. Heilmann war nie im Vorstand der rechtssozialistischen Landtagsfraktion.



Urbin
der gute
Schuhputz

Probirt hab' ich wohl
hundert Sachen,
Nur mit
Urbin
ist was zu machen!

Schuhputz "Urbin" überall zu beziehen!
Terpentinöl-Ware in Dosen mit Banderole
Fabrik: Urban & Lenn, Charlottenburg

Hermann
Tietz

BILLIGE ANGEBOTE
FÜR DAS

PFINGSTFEST

Damen-Handschuhe	6 ⁷⁵
halbare Qualität, mit Druckknopf	
Damen-Strümpfe	8 ⁵⁰
Baumwolle, gewebt, schwarz	
Damen - Hemd	23 ⁵⁰
guter lester Stoff, mit Stickerei garniert	
Damen-Beinkleid	22 ⁷⁵
Knieform, mit Stickerei	
Weisse Washkleider	98 ⁰⁰
moderne Mocharten	
Damen-Mantel	145 ⁰⁰
mit gutem Phantasiestoff	
Damen-Bluse	59 ⁵⁰
Volle, weiss, mit grossem Klappenrevers und Filetack	
Wash-Unterrock	29 ⁵⁰
helle feine Streifen, halbarer Stoff, mit plissiertem Ansatz	
Korsette	16 ⁵⁰
lester Stoff, lange Form, mit Längelle	
Damen-Schuhe	195 ⁰⁰
braun, la Chevreau, mit Sponge, gute Ausführung	
Lackgürtel	1 ⁹⁵
moderne, schmale Form	
Regenschirme	49 ⁷⁵
für Damen und Herren, halbare Qualität, mit Fulleral	
Sport-Kragen	3 ⁹⁰
gute Qualität	
Strickbinder	9 ⁵⁰
in grosser Musterauswahl	
Gummi-Hosenträger	9 ⁷⁵
gute, dauerhafte Qualität	
Oberhemden	85 ⁰⁰
einfarbig, mit passendem Kragen	
Herren-Strohhüte	32 ⁵⁰
Malelot, verschiedene Geflechte	
Herren-Garnituren	68 ⁰⁰
Jacke und Beinkleid, farbig	
Herren-Halbschuhe	185 ⁰⁰
Original-Goodyear-Welt, braun, la Chevreau	
Kittel-Kleidchen	15 ⁰⁰
45 bis 55 cm lg., aus gestreifl. Zephir, etwa 45 cm lg.	
Jed. weill. Größe 2,00 mehr	

5. Distrikt
1. Abteilung
Am 8. Mai verstarb in Folge eines Unfalles unser Genosse, der Tischler
Oskar Zernsdorf
Wasserstr. 53.
Der seinem Andenken. Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 1/2 3 Uhr, auf d. Dorotheenkirchhof, Mariendorfer Weg, statt.
Regie Beteiligung erwartet: Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter - Verband
Vorwaltungsrat Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, das folgende Mitglied verstorben ist:
Die Arbeiterin
Erna Jäger
Wehrstr. 46, am 6. d. M. Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Mai 1921, nachm. 3 Uhr, am Dorotheenkirchhof in Berlin, Mariendorfer Weg, statt.
Der Schmelz
Franz Burkert
Berlin, Köpenicker Str. 13, am 8. d. M.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachm. 1/2 11 Uhr, im Krematorium, Gröbelsche Str. 10, statt.
Die Ortsverwaltung.

Traurige
Dukaten 900 gest.
14 karat. 555 gest.
8 karat. 333 gest.
Silber von 28 Mk. an.
Belle Garantie für Goldstücke.
hält in jeder Größe vorräthig
am Lager. **Hock, Andreasstr. 14**
vis-à-vis Landhof.
Fernsprecher Nr. 3265.

Höchste
Befehlung jed. Wertfahne
Leihhaus Brunnenstr. 5
Ankauf u. Verkauf



Herren-Garderobe
elegant
modern
auf
Kredit

B. FEDER
Brunnenstr. 1
Frankfurter-
Allee 350
Koffbussen
Damm 103
Charlottenburg
Scharrenstr. 5

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr: **Antigone**

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68
7 Uhr: **Rote Herd**

Staatstheater.
Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Salome**
8 1/2 Uhr: **Die Frau ohne Schatten**
8 1/2 Uhr: **Die Frau ohne Schatten**
Direktion: Max Reinhardt.

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: **Die Verurteilten**

Kammerpiele
7 1/2 Uhr: **Die Verurteilten**

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2 Uhr: **Die Verurteilten**

Theater L. S.
Königgräber Str.:
7 1/2 Uhr: **Mugby**
Sonnabend: **Mugby**
Sonnabend: **Mugby**
Sonnabend: **Mugby**
(Maria Orska, Ernst Dornburg)

Komödienhaus:
7 1/2 Uhr:
Die Sache mit Lola
Sonnabend, zum 1. Male:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Neuaufführung

Berliner Theater:
DAS
Milliarden
SOUPER
7.30 Uhr: **Die Dörner, Die Dörner, Die Dörner, Die Dörner**
Herb. Rieder, Paul Kappel

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Nur ein Traum**
(Olga Lindberg, Eugen Burg)
Sonnabend, 4. Casanova Sohn

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Privileg
(Paul Wegener, Marie Höflich, Sika Schöning, Ad. Elger u. a.)
Sonnabend nachm. 5 1/2 Uhr:
Das Privileg

Tramon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Rosen
(Die Schwestern, Lucia Tschöke, Käthe Heind, Goldschmidt, Helene, Schütz, Herbold)
Sonnabend nachm. 4 Uhr:
Streifen

1/8 Casino-Theater 1/8
Vollrich & Sohn
Am 1. und 2. Pfingstfesttag
Madame 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12
Theater a. Kottbus. Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2, 11 Uhr und zu
halben Preisen Sonntags
nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Neues Programm!
Sonnabend 11-12, und 4-6 Uhr.

METROPOL
Karlstraße 34.
Täglich 7 1/2, 11 Uhr:
12 Mai Attraktionen

Berliner Prater
Kottbuser Str. 7-9
Täglich 4 1/2, 11 Uhr:
Die Schönste
von Allen
Operette von Jean Gilbert
• Varieté Sensationen •

CIRCUS BUSCH
11. Central, Festplatz nach 11.
Die ausgezeichneten
Circus-Sensationen!
„Das denkende Pferd“
„Der Ja-Alten-Meister“
8 1/2 Uhr: **Manege**
„Krone und Fessel“
mit Johannes Niemanns Welt
Wokl, Wertheim u. Circuskafe

Auf Teilzahlung!
Anzüge
für Herren u. Burschen
teilig und nach Mass
prima Verarbeitung.
Stolzmann
Belle Alliancestr.
• 100 •

Dampfer - Extrafahrten
Ab **Waisenbrücke** Neu-Kölln
am 1., 2. und 3. Pfingstfesttag
nach **Teupitz** (Tornow's Ladg.) / 8 Uhr morgens
Anderen 5 1/2, und 2 Uhr nach **Krampeburg**
Billets im Vorverkauf: An der Stralauer Brücke 4
Tel. Alexander 6335 Langwald & Schmalke

Groß-Berlin

Was bringt das Frühjahr 1921 dem Wanderer?

Die Besucher der Landwälder bei Finkenkrug seien hiermit auf den seit einigen Monaten eröffneten neuen Bahnhof Briefelang aufmerksam gemacht. Er liegt zwischen Finkenkrug und Nauen, und zwar unmittelbar hinter dem Damm der infolge der fehlenden Brücke noch unvollendeten Jettower Chaussee. Rechtswinklig zur Bahn, also in fast nördlicher Richtung, führt uns eine neuangelegte primitive Straße nach dem Briefelang, der in der Karfreitagsnummer ausführlich beschrieben war. Kurz vor dem Ende der Straße biegen wir halblinks in den Fuhweg ein, der uns bei einer Waldecke an einen Fahrweg führt. Ihm folgen wir nach rechts nach wenigen Schritten in den Wald hinein, wo wir alsbald auf den „Falkenhagener Nachweg“ gelangen, der das schöne Waldgebiet von Westen nach Osten — in Richtung zum „Alten Finkenkrug“ — durchschneidet. Da die Schneisen fast alle schöne Waldbilder bieten, ergeben sich für den Kartenkundigen entsprechende Wanderungen von selbst. Zurück möge man den Bahnhof nur von Forsthaus Bredow aus aufsuchen, da er in umgekehrter Richtung, besonders bei Dunkelheit, nicht leicht zu finden ist. Um unliebsame Ueberzählungen zu vermeiden, sei noch gesagt, daß die Züge nach 10 Uhr nicht mehr in Briefelang halten.

Der neue Bahnhof, der dem Wanderer, soweit er sich durch den Trübel in den Sommerlokalen Finkenkrugs abgeschreckt fühlte, ein schönes Waldgebiet erschließt, wäre wohl nicht entstanden, wenn die Behörden nicht die brennende Siedlungsfrage förmlich dazu gedrängt hätte.

Seit Jahren schon müssen wir es erleben, daß für das Erholungsbedürfnis der Großstädter bei den Behörden trotz aller Mahnungen nicht das geringste Verständnis vorhanden ist. Ist das anders geworden? Zur allgemeinen Erleichterung sei hierzu ein gewichtiges Stimmchen wiedergegeben. In der Februarnummer des „Märk. Wanderer“, dem Blatt des bürgerlichen Verbandes Märkischer Wandervereine, schreibt der „Herausgeber“:

Mit Genugtuung und Freude nehmen wir von folgender halbamtlicher Mitteilung Kenntnis: (Folgt die seinerzeit gemeldete, für den 1. 4. geplante Erweiterung des Vorortverkehrs auf den Strecken Schle. Bf. Bernau, Steil. Bf. Krammen, Sollen-Züterbog und Lehrter Bf. Wustermark und einige weitere, für später geplante Maßnahmen.)

Wohlweislich verschweigt das Blatt die in der betreffenden Meldung ausdrücklich angeführte Tatsache, daß diese Maßnahmen im Interesse einer großzügigen Siedlungspolitik getroffen werden, und folgert dann:

Dieser Erfolg ist wohl in erster Linie unserm unaufhörlichen Drängen zu verdanken.

Ob diese erschütternde Wahrheit von den Lesern des „M. W.“ geglaubt wird?

Wir, die wir nicht von dem Optimismus dieser Vereinsmeier befeelt sind, glauben freilich, daß St. Bureaucratius nach wie vor kein Verständnis für die Tatsache hat, daß des Sonntags Tausende lust- und lichtungstriger Großstädter Sehnsucht empfinden nach See und Wald, und daß diese Sehnsucht zu stillen jetzt mehr denn je oberste Pflicht der Eisenbahndirektion wäre. Statt dessen macht man uns, als Ersatz für den blauen Himmel, bereits seit zirka einem Jahre „blauen Dunst“ vor, denn solange schon plant man die Einführung des Vorortverkehrs beispielsweise nach Werneuchen und Krammen. Der 1. 4. ist verstrichen, und wir sehen noch nichts. Statt dessen geht jetzt wieder in der Presse die folgende Verheißung um:

Die Ausdehnung des Vorortverkehrs ist zurzeit Gegenstand eingehender Prüfungen im Reichsverkehrsministerium. Zum 1. Juni ist die Ausdehnung des Vorortverkehrs auf zwei wichtige Strecken in Aussicht genommen, und zwar auf die Strecke Wannsee-Beelitz-Heilsbrunn und die Strecke Spandau-Wustermark.

Sollte am grünen Tisch noch nichts davon bekannt sein, daß der Frühling bereits im Anmarsch ist, so sei hiermit nochmals auf diese Tatsache hingewiesen. Wir werden uns wohl ohnehin — wie im Vorjahre — damit abfinden müssen, daß der Sommerfahrplan erst zum 1. 6. erscheint. Wird er die Versprechungen, mit denen wir gepöppelt wurden, einlösen?

Lieber Leser, sei ganz unbesorgt. Wir haben in Berlin ein Jugendpflegeamt mit einer Wanderausstellungsstelle. Dort sitzt ein Stadtschreiber, gleichzeitig Herausgeber einer in einigen Tausend Exemplaren gelieferten Zeitschrift: „Der Märk. Wanderer“. Er wird die Feder zücken und die Tinte nebst seiner stadtschreiberlichen Weisheit in einer Eingabe an „eine verehrl. hochwohlwühl. Eisenbahndirektion“ verspritzen. Und wenn dann im Herbstwind die Blätter fallen, dann haben wir aber bestimmt den neuen erweiterten, eines Groß-Berlin würdigen Vorortverkehr. Es ist nur schade, daß dann die Preise so hoch sind, daß die ganze schöne Sache dem Proleten nichts mehr ist!

Die schlauen Hausbesitzer

Die „B. Z. am Mittag“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Nummer eine Zuschrift aus Hausbesitzerkreisen, die sich mit dem Wucher beschäftigt, der von den Vermietern möblierter Räume getrieben wird. Es heißt darin:

„Wer etwa über sieben oder gar acht Zimmer verfügt und sich die Einschränkung auferlegt, die Hälfte davon abzumieten, indem er freiwillig, ohne Zwangsvereinbarung“ abzuwarten, wohnungsbedürftige Mieter bei sich aufnimmt, kann nicht nur frei wohnen, sondern daneben auch noch so viel Geld erübrigen, daß er allein aus den Einkünften der Abmietung seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. So ist mit u. a. folgender Fall bekannt: Der größte Teil einer Siebenzimmer-Wohnung in einem westlichen Berliner Vorort, für die der Mieter bisher etwa 3000 Mark jährlich an den Hauswirt zahlte, ist vom Mieter mit der Einrichtung für nicht weniger als 5000 M. monatlich, also 60 000 M. jährlich, an ein Mitglied einer fremden Mission vermietet worden. Die glücklichen Vermieter, ein kinderloses Ehepaar, die lediglich das Defizit gebracht haben, auf die Annehmlichkeiten ihrer Berliner Wohnung zu verzichten und dafür auf Reisen ein vergnügtes Dasein führen, sind in einer beneidenswerten Lage.“

So weit, so gut. Wer darauf angewiesen ist, in einer möblierten Wohnung zu wohnen, kennt den ungläublichen Wucher, der da getrieben wird. Aber es scheint doch erstaunlich, daß gerade Hausbesitzer für die Mieter so besorgt sind, die Opfer dieses Wuchers sind. Nun, die Entrüstung ist nur gemittelt; aber vielmehr: sie besteht darin, daß der Hausbesitzer von dem Ertrag des Wuchers nichts abbekommt!

Es heißt in derselben Zuschrift weiter unten:

Diesen Mißständen muß dringend ein Ziel gesetzt werden, und zwar einmal durch behördliche Kontrolle, durch die verhindert werden soll, daß für Abmietung von möblierten Zimmern und Wohnungen solche Wucherpreise vereinbart werden dürfen. Dann aber wäre zu fordern, daß von dem Erlös der Zimmermiete ein bestimmter Prozentsatz an den Hauswirt abgeführt wird, aus sozialen und vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, da es dem Hausbesitzer infolge der geringen Rentabilität der Häuser sonst unmöglich ist, das zur Unterhaltung und Ausbesserung der Häuser Erforderliche zu unternehmen.“

Wenn es sich also darum handelt, von der Beute etwas abzukriegen, dann ist der Hausbesitzer sogar mit der sonst so verhassten behördlichen Kontrolle einverstanden! Um die Profitgier nicht allzu deutlich hervortreten zu lassen, tut der Schreiber so, als wolle der Hausbesitzer durch die Behörden den Wucher bekämpft wissen; in Wirklichkeit will er nur den Anteil an der Beute gesetzlich garantiert haben. O diese schlauen Hausbesitzer!

„Verhinderte Materialverschiebung“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Rote Fahne“, in großer Aufmachung einen Artikel, dem folgendes zu Grunde liegt: Die Stadt Bernau löst durch eine Siedlungsgenossenschaft, der nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter angehören, ein Siedlungsunternehmen auszuführen, um der ungeheuren Wohnungsnot etwas zu steuern. Zu diesem Bauvorhaben werden Bauhütten gebraucht, die als Ueberlage über Fenster und Türen Berwen-

dung finden. Anfangs lieferte dieses Altmaterial eine Bernauer Altmaterialhandlung. Da die Genossenschaft mit der Gutsoverwaltung Buch einen Vertrag über Einschnitt von über 400 Festmetern Rohholz eingegangen ist, entstand ein reger geschäftlicher Verkehr des Leiters der Genossenschaft, unseres Parteigenossen, Stadtschreibers, und dem Sägewerk Hohrechtshof. Dort lagen erhebliche Mengen Schrotmaterial Eisen, auch Schienen, die zu dem obigen Zweck Verwendung finden können. Gen. Knöschke verhandelte mit dem Leiter der dortigen Schmiede und bat ihn, da in Kürze der Fuhrbetrieb mit Hohrechtshof eine Unterbrechung erleiden würde, doch nach und nach die abzugebenden Mengen mit den Fuhrwerken der Siedlung mitzuliefern. Der Schmiedemeister hatte erst Bedenken, die aber durch Gen. Knöschke mit dem Hinweis getrieben wurden, daß der Leiter des Stadtbauamtes Bernau und er selbst am nächsten Tage zum Herrn Administrator Hansen nach Buch fahren würden, um die Genehmigung nachzuholen. Durch einen Todesfall in der Familie des Stadtbauamtsleiters war letzterer nicht anwesend und von Montag, den 2. Mai ab zur Ueberführung des Entschlafenen beurlaubt. Inzwischen hatte ein Tischlermeister (Stadtv. der S. V. D.) Material aus S. zu holen und er wurde gebeten, doch noch die dort lagernden Schienen mitzubringen.

Da dort erhebliche Stapel lagen, lud er, da er noch viel Blech auf seinem Gefährt hatte, davon auf. Der Verwalter des Materials war dabei nicht zugegen. Der Wagen hielt noch lange Zeit vor dem Gemeinschaftshaus und wurde hier ein Betriebsrat auf den Wagen aufmerksam und dieser dann wieder entladen. Die Gutsoverwaltung Buch wurde sofort durch die Genossenschaft in Kenntnis gesetzt und der Sachverhalt völlig aufgeklärt. Inzwischen hatten Fachleute die auf dem Siedlungsgelände lagernden Schienen untersucht, und soweit festgestellt werden konnte, die Unmöglichkeit der Verwendung zu Feldbahnschienen ausgesprochen. Der Betriebsrat (ein früherer Gärtner) war jedoch der Meinung, daß alle Schienen immer wieder durch Umarbeitung Verwendung finden können, wenn nur dadurch Arbeit gekassiert würde. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß gerade dadurch die Unwirtschaftlichkeit kommunaler Betriebe herbeigeführt würde, denn Neumaterial sei erheblich billiger und wirtschaftlicher. Trotzdem er immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß doch gerade wir (als Sozialisten) das größte Interesse daran hätten, das Groß-Berlin gegen alle Angriffe in Schutz zu nehmen und doch der Magistrat wegen ganz anderer Sachen mit Berlin verhandelt, hat er es doch fertig gebracht, die Angelegenheit in ziemlich durchsichtiger Weise als „große Tat“ eines Betriebsrates auszusprechen. Was der in der Kottz der „Roten Fahne“ mitgeteilte Aufenthalt im Gemeinschaftshaus, der in gar keinem Zusammenhang mit der Angelegenheit steht, sondern eine Aufstandspflicht der Siedlung gegen verschiedene Arbeiter, die ihr beim Beladen von Holz und Begleitung nach Bernau sehr oft behilflich waren, war, können wir nicht feststellen. Jedenfalls hat kein Mensch auch nur im entferntesten an irgendeine Unregelmäßigkeit gedacht, um so weniger, als alle Beteiligten wissen, wie sehr das sozialistische Groß-Berlin begeistert wird.

Wodurch die journalistische Unständigkeit der „Roten Fahne“ wieder einmal charakterisiert wird!

Braucht Berlin noch eine Kunstgewerbeschule?

Zu den Aufgaben, welche das neue Groß-Berlin zu lösen haben wird, gehört nicht zuletzt die Neuordnung des gewerblichen Schulwesens. Es herrscht hier ein ungläublicher Wirrwarr. Man hat nie die Kraft, den Mut und auch nicht das Verständnis dafür gehabt, einen klaren Aufbau zu schaffen und hat sich immer nur mit Flickwerk begnügt. Es gibt in Berlin: Pflichtfortbildungsschulen, Fachfortbildungsschulen, höhere, mittlere, niedere Fachschulen, Innungsschulen, die Handwerkschule, die Spezialschulen usw. Es würde zu weit führen, sie alle aufzuführen. Alle sollten dasselbe Ziel haben, den jungen Gewerbetreibenden zu erziehen, alle aber bekämpfen, tören, beneiden sich untereinander und können deshalb ihren Endzweck nicht genug erfüllen. Können nicht zu einer vollen Kraftentfaltung gelangen. Wenn irgendwo, gehört hier ein klarer Kopf und eine feste Hand dazu, um endlich Ordnung in diese gähnlich verfahrenen Verhältnisse zu bringen.

Das Erstrebenswerte wäre auch hier, eine möglichst viele Fächer umfassende Einheitsschulart gleichmäßig über Berlin verteilt, damit jeder Schüler schnell und ohne großen Zeitverlust seine Schule erreichen kann. Diesen Schulen könnten dann je nach dem örtlichen Bedarf besondere Spezialklassen als Tages- und Abendkurse angegliedert werden. Dieses Ziel dürfte nicht unverwirklicht zu erreichen sein, da dem erhebliche finanzielle Hindernisse entgegenstehen, doch dürfte mit der Erkenntnis, daß mit dem bisherigen System endgültig gebrochen werden muß, mit dem Anfang einer einheitlichen Neuordnung bereits viel gewonnen sein. Die Fachschulen müßten zudem einen zweiten Weg zur Hochschule

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten Roman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript übertragen von Hermann zur Wehlen Copyright by Der Volk-Verlag Berlin-Grunewald 1921

(St. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Was sollte man mit einer derartigen Frau anfangen? Peter begriff die Verblüffung des Richters und der Geheimagenten des Truists — sowie die von Frau Gotts Gatten. Peter selbst war äußerst bestürzt; was hatte es denn für einen Sinn, hierherzukommen, Informationen einzuholen? Frau Gott hatte ja doch bereits ihre Mißachtung der Gerichte schriftlich dargelegt, einem Regierungsagenten ihre Ueberzeugung erklärt. Sie hatte diesem Menschen mitgeteilt, sie habe dem „Volkstrotz“ etliche tausend Dollars gegeben und werde ihm noch mehr geben. Sie hatte für eine Anzahl verhafteter Roten und Pazifisten gutgestanden, wollte für Mc Cormick und dessen Kameraden die Kaution erlegen, sobald ein korruptes Gericht sich bereit erklärte, Kaution anzunehmen. „Ich kenne Mc Cormick gut“, meinte sie. Er ist ein prächtiger Bursche. „Ich glaube, er hat ebensowenig mit Bomben zu tun gehabt, wie ich selbst.“

Peter verharnte unter dem Zauber von Frau Gotts Ueberflut. Peter sah unter den Lotusessern, vergaß Sorgen und Kämpfe dieser Welt, lehnte sich bequem auf einer ledernen Chaiselongue zurück, schlürfte mit den Schimmern des Olymp köstlichen Rektar. Jetzt jedoch ward er jählings an seine Pflicht gemahnt, wie einer, den ein Wecker aus seinen Träumen schreckt. Frau Gott ist Mc Cormicks Freundin, Frau Gott will Mc Cormick aus dem Gefängnis befreien! Mac, den allergewaltigsten Roten! Peter sah ein, er müsse sofort gegen diese Frau vorgehen.

84.

Peter setzte sich auf und begann Frau Gott in einen neuen Plan einzuweisen. Die Antidienstpflicht-Liga wollte für junge Dienstverweigerer aus Gewissensgründen Vorträge abhalten. Peter erklärte, die jungen Leute sollten dabei über ihre konstitutionellen und gesetzlichen Rechte aufgeklärt werden. Mc Gionen hatte Peter geraten, in die Vorträge einen Satz einzuschmuggeln, der die jungen Leute aufforderte, sich zu weigern, ihrer Dienstpflicht nachzukommen. Würde dies gedruckt und verbreitet, so drohten jedem Mitglied der Antidienstpflicht-Liga zehn bis zwanzig Jahre Gefängnis. Mc Gionen hatte Peter ermahnt, äußerst vorsichtig zu sein,

doch bemerkte dieser abermals, hier brauche er gar nicht an Vorsicht zu denken. Frau Gott war vollkommen bereit, jungen Leuten den Rat zu geben, die Dienstpflicht zu verweigern. Sie habe bereits vielen diesen Rat erteilt, sagte sie, auch ihren eigenen Söhnen, die aber leider dem Vater nachgeraten und äußerst blutdürstig waren.

Die Mittagszeit war gekommen, und Frau Gott fragte Peter, ob er sich wohl genug fühle, um am Tisch mitzuessen? Peters Reugierde überwand jede Vorsicht. Er wollte sehen, wie die Familie Gott aus goldenen Bechern Rektar schlürft, fragte sich, ob auch der andersgestimmte Gatte und die blutdürstigen Söhne zugegen sein würden.

Aber es war bloß eine altliche Gesellschaftsdame anwesend und auch die goldenen Becher fehlten. Doch sah Peter seines Porzellan, es war derart zerbrechlich, daß er kaum wagte, es zu berühren, sah silberne Bestecke, die so schwer waren, daß ihm jedesmal, wenn er sie zur Hand nahm, Staunen ankam. Auch kostete er seltsam zubereitete Speisen, die derart geheimnisvoll gekostet, mit Saucen übergoßen waren, daß er nicht wußte, was er esse, ausgenommen das Butterbrot.

Er zitterte während der ganzen Mahlzeit vor Verlegenheit, doch klammerte er sich an Frau James Rat, beobachtete die anderen, ahnte sie nach. Bei jedem neuen Gericht wartete Peter, und wenn Frau Gott eine Gabel oder einen Löffel in die Hand nahm, griff auch er nach der gleichen. Er konnte seine ganze Aufmerksamkeit darauf verwenden, brauchte nicht zu reden. Frau Gott hielt ununterbrochen Fehreden aufzührerischer Art, und Peter lauschte und nickte. Frau Gott begriff, daß ihn ein voller Mund am Antworten hinderte.

Nach dem Essen begaben sie sich auf eine große Veranda, die einen herrlichen Ausblick hatte. Frau Gott brachte Peter in einem köstlichen weichen Lehnstuhl mit vielen Kissen unter, zeigte mit einer Gebärde auf die ferne Stadt, die in einem Rauchmeer verschwamm.

„Dort schufen die Lohnflaven, die meine Dividenden erarbeiten“, sagte sie. „Dort müssen sie bleiben, wohin sie gehören, während ich meinerseits dort bleibe, wohin ich gehöre. Wollen sie mit mir tauschen, so wird das „Revolutions- und Gewalt“ genannt. Ich wundere mich stets, daß so wenig Gewalt angewendet, so wenig Verlangen nach Gewalt empfunden wird. Denken Sie an die Leute, die im Gefängnis gefesselt werden; könnte man sie ihnen verübeln, wendeten sie Gewalt an? Oder versuchten sie, zu entkommen?“

Blickartig durchquante Peter ein Gedanke: wenn er Frau Gott dazu verführen könnte, an einem Befreiungsversuch teilzunehmen!

„Man könnte ihnen zur Flucht verhelfen“, warf er ein. „Glauben Sie?“ Zum erstenmal sah Peter Frau Gott in Erregung.

„Vielleicht. Die Gefängniswärter sind nicht alle unbestechlich. Ich lerne während meiner Haft die meisten von ihnen kennen, vermöchte mich mit einem oder zweien in Verbindung zu setzen, die man bestechen könnte. Soll ich es versuchen?“

„Ich weiß nicht“, meinte die Dame zögernd. „Glauben Sie wirklich...“

„Wenn sie entkämen, ohne mit den Wärtern zu kämpfen, so könnte dies niemandem wirklich schaden...“

So weit war Peter mit seiner Versuchung gekommen. Jählings vernahm er hinter sich eine Stimme. „Was bedeutet dies?“ Es war eine Männerstimme, wild, bebend vor Zorn. Peter fuhr aus den seidnen Kissen auf, blickte sich um, streckte den einen Arm vor, mit der verteilenden Gebärde eines Menschen, der seit frühesten Jugend geschlagen worden ist.

Auf ihn kam ein Mann zu; vielleicht war es kein besonders großer Mann, doch deutete er Peter riesenhaft. Sein glatt-rasiertes Gesicht war rot vor Wut, die Stirne drohend gerunzelt, die Hände waren unheimlich geballt. „Sie schmuggeln kleines Individuum!“ schrie er. „Sie gemeiner junger Hund!“

„John!“ rief Frau Gott befehlend, doch hätte sie ebensogut einen daherbrausenden Sturm andersherin können. Der Mann stürzte sich auf Peter, und dieser, der in seinem Leben so vielen hundert Schlägen glücklich ausgewichen war, ließ sich vom Lehnstuhl gleiten, schmeckte auf, rannte den Verandastufen zu. Der Mann war ihm dicht auf den Fersen, da Peter die erste Stufe erreichte, schoß des Mannes Fuß vor, und von den übrigen zwölf Stufen berührte Peter keine einzige mehr.

Unten angekommen, blüete er sich nicht einmal um. Er vernahm Herrn Gotts Reuhen, anscheinend ganz in der Nähe, und Peter rannnte, wie er selten in seinem Leben gerannt war. Von Zeit zu Zeit schloß Herr Gotts Fuß abermals vor, und Peter gelang es bloß kaum knapp, den Tritten auszuweichen. Schließlich gab der Verfolger die Jagd auf, Peter rannte durch das Tor auf die Landstraße.

(Fortsetzung folgt.)

hieten, und mühte ein Reifegewand dieser Schulen, gleichgültig, ob im Abend- oder Tagesunterricht erworben, zum Besuch der Hochschulen berechtigen.

Von allen in Berlin bestehenden Schulen entspricht vielleicht diesem ausstrebenden Ziel am meisten die von dem eigentlichen Begründer des Berliner Fachschulwesens geschaffene Schularbeit: die Handwerkerlehren; ohne damit lagen zu wollen, daß auch hier nicht vieles neuzeitlich organisiert werden müßte. Sie umfassen bereits die meisten in Frage kommenden Fächer und geben dem Schüler die notwendige Freiheit, sich Schule, Klasse und Lehrer selbst zu wählen. Mit der zwingenden Zuweisung der Schüler an bestimmte Schulen und Klassen, wie das für die Pflichtfortbildungsschulen die Regel ist, muß endgültig gebrochen werden. Wenn der Lehrling weiß, daß er seine Gesellenprüfung nur machen kann, wenn er den nötigen ergänzenden Unterricht der Schule gehabt hat, so wird er ganz allein ohne Polizeistrafen dafür sorgen, sich die erforderlichen Kenntnisse anzueignen. Den Meistern und Unternehmern müßte allerdings nötigenfalls durch empfindliche Strafen klargemacht werden, daß sie den Lehrling nicht am Besuch der Schule hindern dürfen, ihm die nötige Zeit dazu freizugeben haben. Die Aufgabe der Jugendbewegung wäre es, hier aufzuklären und sich gegenseitig zu helfen.

Leider sind neuerdings Bestrebungen im Gange, diese Handwerkerlehren zu zerlegen und eine Kunstgewerbeschule und eine technische Schule daraus zu bilden. Es wäre durchaus bedauerlich und schädlich für das gewerbliche Schulwesen, wenn diese Absicht verwirklicht würde. Dadurch würde die Vorseinsberechtigung der Fachschulen noch mehr vergrößert und die Zersplitterung vergrößert.

Es muß dabei einmal der Begriff Kunstgewerbe richtiggestellt und eine landläufig gewordene Verfälschung durch ein unrichtig angeordnetes Wort bekämpft werden. Der Begriff Kunst bedeutet die höchste Vollendung in einer Tätigkeit, und der allgemeine Sprachgebrauch wendet das Wort Kunst an, wenn eine geschickte Lösung irgendeiner Aufgabe bewundernd anerkannt werden soll. Die leider vorhandene Geringschätzung des Handwerks, des Handarbeiters an sich, hat nun bedauerlicherweise dazu geführt, daß durch eine geschickte Verwechslung der Teil des Handwerks, welcher als Kunstgewerbe angesprochen werden muß, den Anspruch erhebt, sich Kunstgewerbe zu nennen und damit, ohne Rücksicht auf die Qualität der Arbeit, von vornherein einen höheren Grad des Gewerbes für sich in Anspruch zu nehmen sucht. Nur die Qualität kann die Bezeichnung kunstgewerblich begründen, niemals aber die mehr oder weniger geschickte Anwendung von Hilfsmitteln.

Ein einfach sachlich durchstrukturiertes Boot, ein Automobil, eine aus ihren inneren Bedingungen und ihrem Anwendungszweck durchgebildete Mauerpistole, können ohne, daß ihnen irgendwelche äußere Tierformen aufgetragen werden, an sich allein eine künstlerische Note tragen. Wie auch die Schönheit eines gotischen Domes, des Pantheon, der griechischen Tempel in den klaren konstruktiven Formen liegt, darüber zieht sich dann Ranken, Harten misbernd verhängend der Schleier der Tierform. Viele Tierformen sind zudem ursprünglich rein konstruktiven Ursprungs. Zum Beispiel Ketten, Trichter, die Fluchtbandmüser und anderes. Dazu kommt die Fülle der Motive, die aus der Verzierung durch Blätter, Blumen, Früchte stammen und welche dann später in dauerhaftem Material nachgeahmt wurden.

Langsam hatte man vollständig den konstruktiven Ursprung der Tierform vergessen und diese wurde aus Gewohnheit und Mißverständnis anderen Konstruktionen aufgezungen. Damit ist aber gezeigt, daß durchaus kein Gegensatz zwischen Kunstgewerbe und Konstruktionsgewerbe, landläufig als Kunstgewerbe und „Technik“ bezeichnet, besteht; vielmehr beide sich bedingen, ergänzen, sich verstehen müssen, wenn ein wirklich einwandfreies kunstgewerbliches Erzeugnis zustande kommen soll. Eine Grenze zwischen „Kunstgewerbe“ und „Technik“ ist außerdem schwer, wenn nicht unmöglich, zu ziehen. Ein inniger Zusammenhang zwischen Konstruktion und Tierform ist Bedingung, und eine Zeit, die diesen Zusammenhang regiert oder vergißt, muß notwendigerweise unfürstlich werden. Den Zusammenhang muß man betonen, und beide können nur durch ein Zusammen- und Nebeneinanderarbeiten gewinnen. Die Schule ist aber der gegebene Boden, um diese Zusammenarbeit zu fördern. Man schaffe also eine Einheitschule, anstatt durch Trennung der Schulen diese Verständigung zu erschweren.

Wünschenswert wäre es auch, daß die Schulen nach sozialen Gesichtspunkten gegliedert würden. Nicht das Interesse der Unternehmer, der Meister darz das Ausschlaggebende sein, sondern das Interesse der Schüler ist einzig zu wahren. Nicht zu „brauchbaren“ Menschen soll die Schule den Menschen erziehen, sondern zu Menschen, die sich selbst zu brauchen verstehen. Das ist nur zu erreichen durch Vertretung der Schulen, Lehrer und Schüler in der Deputation, besonders solange diese Schulen nicht eine Selbstverwaltung haben, die gerade für sie die einzig mögliche Form der förderlichen Verwaltung ist.

Elternbeiträge. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, in der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 8-9, Volksversammlung sämtlicher Elternbeiträge. Genosse Dr. Löwenstein spricht über die Schule und jeglichen Aufgaben der Elternbeiträge.

Das nächste Stadt, Volkstheater (Tschakowsky-Abend) findet am Freitag, den 13., abends 8 Uhr, in der Bauerei Königsplatz statt. Dirigent: G. Menzobich. Programm u. a. Operette 1812, Ballett „Der Kupfnader“, Sinfonie Nr. 5, C-moll. Karten zu 1,50 M. im Zigarzengeschäft Horst, Engelauer 15, Zigarzengeschäft „Noabit“, Sitomir 67, Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstraße, Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str., Orchesterbureau, Lützow-Str. 76, sowie an der Abendkasse.

Infolge der Umstellung der Berliner Wohnungsinspektionen auf die 6 Bezirke bleiben die Inspektionen 1-10 noch bis 21. Mai einschließig geschlossen. Abstempelung polizeilicher Anmeldungen werden Mittwoch und Sonnabends von 9-12 Uhr vorgenommen.

Ein neuer Titel: „Stadtturnrat“. Die Regierung der Republik scheint die Tätigkeit des alten Regimes auf dem Gebiete der Titulaturen noch übertreffen zu wollen. Ein sprechender Beweis hierfür ist folgender Erlass des Unterrichtsministers: Viele Städte im Preußens haben schon seit einer Reihe von Jahren Beamte im Hauptamt angestellt, denen die besondere Pflege gesunder Leibesübungen bei der Schulpflicht und darüber hinaus anerkannt ist. Diese schiedlichen Turnaufsichtsberechtigten haben den Wunsch, anstelle ihrer bisherigen verschiedenartigen Benennungen (Oberturnlehrer, Oberturnwart, Stadtturninspektor usw.) künftig eine einheitliche Amtsbezeichnung zu erhalten und zwar „Stadtturnrat“. Das Staatsministerium hat beschlossen, auf Antrag der betreffenden Gemeinde die Beilegung der Amtsbezeichnung „Stadtturnrat“ von Fall zu Fall zu genehmigen.

Eine Kellame- und Werbemeße. Unter Beteiligung der Verbände: Bund deutscher Gebrauchsgroßhändler, Verein der Plafatreunde E. B., Ortsgruppe Berlin, und Verein deutscher Kellamefachleute E. B., sowie der einschlägigen Fachgruppen findet in dem ca. 6000 Quadratmeter großen Ausstellungspalast Friedrichstraße 110-112-Oranienburger Str. 54-56a vom 4.-12. Juni d. J. eine Messe für Kellame- und Werbemeße statt. 6000 Quadratmeter Fläche stehen einschließig einer interessanten Passage mit einem einzigartigen Kuppelbau zur Verfügung. Die Messe darf hoffentlich auf eine rege Beteiligung rechnen, so daß ihr ein voller Erfolg beschieden wird.

Eine Spielhölle in Hertzfeldein aufgehoben. In dem Orte Hertzfeldein bei Bodenbach wurde eine Spielhölle aufgehoben, in der Roulette und Bakarat gespielt wurde. Von den 94 Spielern sind bis auf acht alle Reichsbeside, darunter auch Berliner, die ihr ganzes Vermögen verpielt haben. Die Behörde hat festgestellt, daß falls gespielt wurde. Es wurden gleichzeitig Spielmarken für einige Millionen Mark vorgefunden. Ein Direktor Frenke aus Berlin wurde als einer der Unternehmern verhaftet. Für den Spielklub, der sich „Club international“ nannte, ist in ganz Deutschland agitiert worden.

Der Raubmord in der Großen Frankfurter Straße, dem wie bereits berichtet, der Mechaniker Max Veltz zum Opfer gefallen ist, schäftigt jetzt die Kriminalkommissare Dr. Kiemann und Wernerburg im Berliner Polizeipräsidium. Der Polizeipräsident von Berlin hat jetzt den Tatbestand des Raubüberfalls durch Säulenanschlag bekanntgegeben und auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Gewerkchaftliches

Textilarbeiter und 46-Stundenwoche

Die Textilarbeiter, die durch ein Abkommen sich die 46-Stunden-Woche gesichert hatten, werden von den Textilindustriellen bedrängt, um zur 48-Stundenwoche und darüber hinaus zurückzukehren, so das die — Konjunkturperioden voll ausgenutzt werden können.

Den Unternehmern ist nun durch einen Schiedspruch des Hamburger Schlichtungsausschusses, dem Landrichter Sunfeld vorstand, Hilfe gegen die Arbeiter und ihrem Verharren zur 46-Stunden-Woche erstanden.

Der Schiedspruch besagt folgendes: „Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 (achtundvierzig) Stunden.“

Falls die Parteien für den Sonnabend, sowie für die Tage vor Weihnachten und Neujahr eine Verfürzung der täglichen achtstündigen Arbeitszeit vereinbaren, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werkstage verteilt werden.“

Zu beachten ist dabei folgendes: Die Abmachungen sind von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Textilindustrie seinerzeit beschlossen worden. Der Schiedspruch steht daher in Widerspruch zu den Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft. Die Unternehmer kündigten wohl das Abkommen, das aber solange gilt, bis andere Vereinbarungen an dessen Stelle gesetzt werden. Das Organ der Textilarbeiter meint dazu:

Der Hamburger Schiedspruch ist ein Fehl-spruch, der lediglich nur dem Unternehmerinteresse dient. Er dient nicht dem wirtschaftlichen Frieden, sondern fordert den Kampf heraus.

Wir sehen hier wieder einmal, daß die Unternehmer nur solange sich an Abmachungen halten, als sie ihnen bequem sind. Sowie sie sich in ihrem Profitstreben beengt fühlen, fallen alle Verträge unter den Tisch. Dieses Spiel zeigt zugleich den Wert der Arbeitsgemeinschaften, wie sie — die Unternehmer verstehen. Die Konsequenz aus diesen Tatsachen zu ziehen, bleibt allen Gewerkschaften vorbehalten.

Verbandstag der Bergarbeiter

Der Bergarbeiterverband hält vom 29. Mai bis zum 4. Juni in Gießen seinen 23. Verbandstag ab. Außer den rein geschäftlichen Arbeiten steht die Tagesordnung Referate über die Arbeitsgemeinschaften, Sozialisierung und zur Sozialpolitik vor. Die Delegierten erhalten außer den Jahrbüchern noch drei Druckschriften über die Sozialisierungsfrage und über die Krise in der Kaliindustrie und den Staatsbergbau.

Eine Flut von Anträgen sind von 837 Zahlstellen eingegangen, die zu 666 zusammengestellt wurden. Davon beziehen sich 472 zum Verbandstatut, 6 Anträge aus 31 Zahlstellen beschäftigen sich mit den Arbeitsgemeinschaften und 22 Zahlstellen verlangen in einem Antrag Austritt aus derselben. Die Kommunisten leisten natürlich nicht, doch zeichnen sich ihre eingetragenen Anträge durch Dürftigkeit aus und es ist interessant, daß zur Beitragssteigerung, gegen die sich 50 Zahlstellen wenden, 47 im roten Ruhrrevier liegen. — Aus den 14 Anträgen zur Sozialisierungsfrage klingt der feste Wille, die Ausbeutung der Bodenschätze den Händen des Privatkapitals zu entreißen und in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen. Starke Mißstimmung wegen des immer noch nicht eingelassenen Regierungsversprechens und gegen die Stimmsozialisierung zieht durch diese Anträge. Mit der den Bergleuten so interessierenden Schaffung eines Reichs-knappschützereis und der Reform der sozialpolitischen Gesetzgebung befaßt sich 17 Anträge. Wir hoffen, daß dieser Verbandstag gute Arbeit leisten wird im Interesse seiner Mitglieder und der Volkswirtschaft, wie wir sie verstehen.

Ueber die Ergebnisse werden wir berichten. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes ersucht noch die Vertreter der Presse und der Korrespondenzbureau, die an der Generalversammlung in Gießen teilnehmen wollen, um Angabe ihrer Adressen, damit ihnen die Drucksachen zugelandt werden können. Adresse: Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42.

Zum Streik im Tiefbaugewerbe

Auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin sollten am Dienstag, unter Vorsitz des Unparteiischen, Herrn Regierungsdirektors Körner, Verhandlungen stattfinden, um eine Verständigung über den bereits sechs Wochen dauernden Streik im Tiefbaugewerbe zu kommen. Nach Begründung der aufgestellten Forderungen durch die Arbeitnehmervertreter erhob der Arbeitgebervertreter Dr. Schütz auf Grund einer Verordnung vom 23. Dezember 1918 Einspruch gegen die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses. Er erklärte, daß nicht der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin, sondern das Haupttarifamt zuständig sei.

In einer überfüllten Streikerversammlung, die am Donnerstag in Kleins Festsälen stattfand, stellte der Sektionsleiter Tarnow fest, daß die Unternehmer sich von der Absicht leiten lassen, Verhandlungen vorläufig auszuweichen. Weiter erklärte er, daß nicht das Haupttarifamt, sondern das Bezirkslohnamt in allen Lohnverhältnissen zuständig sei. Im übrigen bestche zwischen dem Deutschen Bauarbeiterverband, Bezirk Berlin, und der Ortsgruppe für das Tiefbaugewerbe kein förmlicher Tarifvertrag. Der Schlichtungsausschuss hat sich nach längeren Beratungen dann auch für zuständig erklärt. Hierauf enthielten die Unternehmervertreter ihre Absichten. Sie hämmerten sich nicht um den Befehl des Schlichtungsausschusses, sondern erklärten: „Wir lehnen es ab, in sachliche Verhandlungen einzutreten.“ Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin ist durch das ablehnende Verhalten der Unternehmer genötigt, die Angelegenheit dem Mobilisationskommissar vorzulegen. Wahrscheinlich werden seitens des Reichsarbeitsministeriums neue Verhandlungen angelehrt werden.

Auf Veranlassung unseres Genossen Stadtverordneten Zimmermann fand am Mittwoch eine Verhandlung zwischen dem Oberbürgermeister Böhm, Stadtdirektor Fahn und Vertretern der streikenden Tiefbauarbeiter statt. Oberbürgermeister Böhm erklärte sich bereit, eine Vermittlungsaktion einzuleiten, jedoch will er zuerst mit den Unternehmervertretern besonders verhandeln.

Nach längerer Diskussion über den gehörten Bericht erklärten sich die Streikenden mit dem Vorschlag der Zentralarbeitsleitung einverstanden, jedwede weitere Entscheidung auszuweichen, bis sämtliche Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine gute, Streibrecher sind nur noch wenige vorhanden. Der Streik geht weiter.

Vom Verbandsbeirat des Zentralverbandes der Angestellten

In Weimar tagte der Verbandsbeirat des Zentralverbandes der Angestellten vom 21. bis 23. April. Es war seine Aufgabe, die nötigen Vorbereitungen zu treffen für den Ende Mai stattfindenden Verbandstag. Zunächst erstattete der Verbands-vorstand dem Beirat in üblicher Weise den Geschäfts- und Kassenbericht. Der vom Beirat bestellte Revollor machte nähere Mitteilungen über die Umstellung der Buchführung und des Kassensystems, die infolge des schnellen Wachstums des Zentralverbandes der Angestellten notwendig geworden ist. Die vom Vorstand vorbereitete Abmachung über eine Verschmelzung mit dem Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes fand die einhellige Zustimmung des Beirats; der Verbandstag wird

endgültig darüber beschließen. Eine ausgiebige Debatte fand über den vom Vorstand vorgelegten Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen freien Gewerkschaftsbund (ADGB.) und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) statt. Verschiedene Redner vertraten die Auffassung, daß es zweckmäßiger sei, wenn ADGB. und Afa-Bund eine gemeinsame Spitzenorganisation bilden. Da die Durchführung dieses Gedankens aber nicht allein vom Zentralverband der Angestellten abhängt, sondern auch auf die übrigen Afa-Organisationen Rücksicht genommen werden muß, wurde der vorliegende Organisationsvertrag vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung des Verbandstages angenommen. Da über die Auslegung des in einer früheren Beiratsitzung gefassten Beschlusses: „Der Beirat stellt fest, daß Mitglieder, die einer Partei angehören, die die Richtlinien der Dritten Internationale anerkennt, nicht als Beamte in unserem Verband tätig sein können“, eine Meinungsverschiedenheit entstanden war, gab der Verbandsbeirat hierzu folgende Deklaration: „Der Beirat stellt fest, daß als Beamte alle in unserem Verbands befohlenden Angestellten gemeint sind.“

Weiter kam in derselben Sache nachstehende Entschliegung zur Annahme:

Mitglieder, die einen Funktionärposten bekleiden sollen, müssen sich verpflichten, in unserem Verbands befohlenden nur nach unseren Satzungen, den Beschlüssen des Beirats und Verbandstages, den Richtlinien des ADGB. und des Afa-Bundes zu arbeiten. Sie müssen den Internationalen Gewerkschaftsbund zu Amsterdam als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkennen und diesen in jeder Weise fördern.

Anhänger der kommunistischen Partei können deshalb keinerlei Funktionen in unserem Verbands befohlenden ausüben.

Sodann legten die für den Verbandstag in Aussicht genommenen Referenten zu folgenden Punkten a) Das einheitliche Arbeitsrecht, b) Lohn- und Tarifwesen, c) Arbeitsgemeinschaften, d) Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaft, e) Industrieverband oder Angestelltenvereinigungen, f) Jugendbewegung, in großen Umrisen dar, in welcher Weise sie die Fragen zu behandeln gedenken. Die Aussprache ergab, daß im wesentlichen übereinstimmende Ansichten in diesen Fragen vorhanden sind. Schließlich wählte der Verbandsbeirat sachungsgemäß vier Delegierte, die mit beratender Stimme teilnehmen, und zwar wurden gewählt die Kollegen Franz Krüger, Berlin, Hellmuth Lehmann, Dresden, Wilhelm Fischer, Hamburg, Fritz Hoff, Köln am Rhein.

Wir halten den Nachsatz der Entschliegung für sehr bedenklich, denn er schiebt über das Ziel hinaus, das zur Erhaltung der Gewerkschaften gegen kommunistische Sprengversuche gesetzt werden kann. Von gewerkschaftlichen Ehrenämtern ausgeschlossen zu werden wegen Befennung zu einer bestimmten politischen Auffassung scheint uns deshalb verfehlt zu sein.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter

Die Generalversammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Groß-Berlin, fand am Sonntag, den 8. Mai 1921, in der Schulaula des Luisenstädtischen Realgymnasiums, Dresdener Str. Nr. 113, statt. Anstelle des erkrankten 1. Bevollmächtigten Reimann, gab der 2. Bevollmächtigte Küder den Vorstandsbereich über das vergangene Vierteljahr.

Für die chemische Industrie trat am 1. Februar der neue Fachgruppenlohnstarif in Kraft, dessen Verbindlichkeitsklärung in diesem Monat zu erwarten ist. In der Schallplattenindustrie wurde der Lohnstarif von Seiten der Kollegen festgelegt, mit dem Ziel, unter dem Tarifvertrag der chemischen Industrie zu fallen. Die Arbeitgeber hatten das Bestreben, diese Arbeiterkategorie unter dem Vertrag der Metallindustrie zu stellen. Verhandlungen langwieriger Art führten zu keinem Resultat und wurde am 2. März 1921 die Arbeit niedergelegt. Ein Dringlichkeitsantrag des Bezirks Südost, die Kollegen der Schallplattenindustrie besonders in ihrem Kampfe zu unterstützen, durch Herausgabe von Sammelbüchern, wurde einstimmig angenommen.

Die technischen Gummiarbeiter hatten den Tarif zum 1. Februar gekündigt. Verhandlungen, die vor dem Zentralarbeitsgemeinschaftsausschuss (Chemie) endeten, brachten für Männer 35 Pf. und für Frauen 25 Pf. pro Stunde Lohnerhöhung. Die Spitzenlöhne betragen zur Zeit 6,35 M. für Männer und 4,45 M. für Frauen pro Stunde.

In der Koffeinfabrikation und in den Lederkangaren sind Lohnerhöhungen erzielt worden.

Für die Seifenindustrie wurde ebenfalls ein neuer Lohnstarif abgeschlossen. Die Parfümindustrie fällt unter dem chemischen Lohnstarif Fachgruppe IV, desgleichen wurde in den Kaffeejurrogat-Betrieben ein neuer Lohnstarif mit Wirkung ab 1. Januar festgelegt. In der Kunstseidenindustrie wurde der Lohnstarif zum 1. Januar und in den Kalksandsteinwerken zu Niederlehme kündigten wir zum 31. März den Lohnstarif. In der Batterie- und Elementenindustrie kündigte der Arbeitgeberverband zum 1. März den Tarif. In der Filzfabrik Adlershof wurde durch Schiedspruch eine Lohnerhöhung für den Einzelnen pro Woche 30,40 M. durchgeholt. Der Kassenbericht lag den Delegierten für das erste Quartal 1921 gedruckt vor. Derselbe bilanziert für die Hauptkasse in der Höhe von 544.740,10 M. und für die Lokalkasse 561.298,57 M. An Weihnachtunterstützung für die Arbeitslosen wurden 53.872,65 M. ausgegibt. Davon waren auf Listen gesammelt 40.872,65 M., der Rest aus der Lokalkasse betrug 12.500 M. Auf Antrag der Revisionen wurden der Ortsverwaltung und dem Kassierer ein stimmig Entlassung erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung — Anträge — beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Erhöhung der männlichen Beiträge um 50 Pf. pro Woche. Dafür soll die Streikunterstützung von 72 M. pro Woche auf 104 M. erhöht werden. Dieser Antrag hatte allen Bezirken in den Monatsversammlungen vorgelegen, deshalb wurde von einer Generaldiskussion, auf Antrag des Kollegen Halle, Abstand genommen. Die Abstimmung ergab, daß mit großer Majorität ab 1. Juli d. J. der männliche Beitrag auf 4 M. pro Woche festgelegt wird, mit Ausnahme des Bezirks Niederlehme.

Ein Antrag des Bezirks Reinickendorf, den internationalen Gewerkschaftskongress in Moskau mit Delegierten zu beschicken, wurde, da dieser Antrag den Bezirken nicht vorgelegen hatte, weil zu spät eingereicht, die Dringlichkeit abgelehnt und auf den instanzmäßigen Weg verwiesen. Ebenso erging es einem Antrag der Kunstseidenarbeiter, eine Erhöhung der Lokalkasse vorzunehmen.

Einstimmig beschloß die Generalversammlung, die Kollegin Schirrow wegen Streikbruchs auszuschließen.

Felzwarenbranche und Sanktionen. Zu dem Thema „Die wirtschaftliche Lage in der Felzwarenbranche, die Sanktionen und ihre Wirkung auf die Arbeitnehmer“, nahm eine Volksversammlung, die am 11. Mai stattfand, aller in der Felzwarenbranche beschäftigten Arbeitnehmer Stellung und bekannte sich einstimmig zu einer Resolution, in der ausgesprochen wird, daß es erforderlich ist, daß zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen aller Arbeitnehmer nicht nur die zentralen Instanzen berufen sind, sondern daß vor allem auch dahin getrebt werden muß, unter den Beschäftigten selbst den Gedanken der solidarischen Zusammengehörigkeit und des gemeinsamen Handelns in den Betrieben zu pflegen. Die Versammlung erkennt des weiteren an, daß die Arbeiterbewegung nicht nur eine materielle, sondern auch eine geistige Frage ist. Die Versammelten gelobten, allen nationalsozialistischen Versuchen dieser Tage, die Arbeitnehmerkraft für neue Kriegsausbeute zu gewinnen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und nur dem Rufe ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation Folge zu leisten.

Handschlarbeiter usw., Mitglieder der Sektion 1 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, am 1. und 2. Vorgeschiebung großes Brückenfest im „Schwägergarten“, am Friedrichshagen. Wegen Beteiligung des Mitgliedsvereins für alle Familienmitglieder, Freunde und Bekannte lebhaft ermöglicht Eintrittspreise. Am recht rege Beteiligung bitte die Sektionsleitung.

Beschlußunfähigkeit und Schluß

Deutscher Reichstag

Nach den aufregenden Tagen der letzten Woche war zu erwarten, daß die letzte Sitzung des Reichstags vor den Ferien keine Beschlußfähigkeit mehr ergeben würde. Das traf denn auch promptlich ein, insbesondere da die bürgerlichen Parteien außerordentlich schwach vertreten waren. Das ist auch die Ursache, daß der bayrische Staatsanwalt Emminger bei der Abstimmung über den Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abg. Thomas die Beschlußfähigkeit des Hauses mit Erfolg bezweifelte. Die Zusage, die es daraufhin von den Kommunisten regnete, können kaum als unerbittlich angesehen werden.

Das Haus flog zum zweiten Male auf, als die Kommunisten bei einer kleineren Vorlage über Beamtenfragen nun ihrerseits die Beschlußfähigkeit bezweifelten. Der auf der Tagesordnung stehende Gesetzentwurf über den Verkehr mit Getreide, zu dem der Ernährungsminister Herxmeier reden sollte, wurde daher kurzgehandelt dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Vor ganz geringer Beteiligung wurden dann die übrigen Punkte der Tagesordnung, wie Berichterstattung über Petitionen, erledigt, so daß das Haus um 3 1/4 Uhr seine wohlverdienten Ferien antreten konnte.

Die drei Sitzungen

Erste Sitzung

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Thomas (Komm.) wegen Verleumdung, Unterschlagung und Meineides wird nach einem Antrage des Geschäftsordnungsausschusses nicht erteilt.

Ein schleuniger Antrag Hoffmann (Komm.) verlangt die sofortige Entlassung des Abg. Thomas (Komm.) aus der Strafhaft in der Gefängnisanstalt Landsberg am Lech in Bayern.

Abg. Brodau (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Geschäftsordnungsausschusses, der vorschlägt, dem Antrage die Zustimmung nicht zu erteilen. Thomas soll bei der Aufforderung zum Hochverrat und Umsturz der bestehenden Staatsform auf freier Tax ertrappt sein.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Bei der Abstimmung bezweifelt Abg. Emminger (Bayr. Sp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. (W. K. 1. d. Komm.)

Präsident Lobe stellt fest, daß das Haus beschlußunfähig ist und beraumt die nächste Sitzung auf 1 1/2 Uhr an.

Zweite Sitzung

Präsident Lobe eröffnet die neue Sitzung um 2 Uhr. Neu auf die Tagesordnung gesetzt ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag Müller-Franken (Soz.) betr. **Abänderung der Verordnung über die Sondergerichte.**

Abg. Kaddrausch (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss schlägt eine Entschließung vor. Danach sollen Jugendliche nur dann mit Sondergerichten abgeurteilt werden, wenn ihre Straftat mit der von Erwachsenen im Zusammenhang steht. In Reichsgerichts- und Schwurgerichtssachen soll eine Verteidigung nötig sein. Die Einlassungsfrist soll von 24 Stunden auf drei Tage erhöht werden. In allen Fällen soll eine Anklageschrift, wenn auch eine verkürzte, notwendig sein. Zum Schluß wird freier Verkehr der in Untersuchungshaft Befindlichen mit ihrem Verteidiger verlangt.

Der Ausschussantrag wird ohne Erörterung einstimmig angenommen.

Das neue Gehörgegesetz für die Auslandsbehörden geht an den Hauptausschuss. Der Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, die Reichsregierung zu ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf so zeitig vorzulegen, daß noch im Laufe des Frühjahrs eine Gesetzesvorlage betr. Ausgestaltung der Leistungen in der Wochenhilfe erfolgt.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten.

Bei der Abstimmung über § 1 bezweifelt Abg. Hoffmann (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 2 Uhr 15 Min. an. Tagesordnung: Petitionen.

Dritte Sitzung

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Zahlreiche Bittschriften werden ohne Aussprache erledigt. Eine Eingabe betr. den Schuß des Saargebietes wird der Reichsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Ausschuss zur Ausführung des Friedensvertrages fordert baldmöglichst ein Verbot über die Lage im Saargebiet. Nach Empfehlung des Antrages durch die Abg. Philipp (Dtn.) und Richter (Dtn.) werden die Anträge des Ausschusses angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Einem Antrage Simon (U. Soz.), nach einem Gesetzentwurf auf Aushebung der Begrenzung der Arbeitslosenunterstützung für 26 Wochen neu auf die Tagesordnung zu setzen, widersprechen die Abg. Schulz-Bromberg (Dtn.) und Richter (D. Sp.). Dem Antrage kann also nicht stattgegeben werden.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Dienstag, den 31. Mai, nachm. 3 Uhr. Er erbittet die Ermächtigung, wenn die politischen Verhältnisse es notwendig machen, auch früher eine Sitzung einzuberufen.

Abg. Hoffmann (Komm.) beantragt, morgen eine Sitzung abzuhalten. (Heiterkeit.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dtn.): Angesichts der katastrophalen Lage sollte der Reichstag schon am 24. Mai wieder zusammentreten.

Abg. Reich (Bayr. Sp.) widerspricht. Präsident Lobe: Der Keitstenausschuss hatte am 24. Mai in Aussicht genommen, da am 26. aber katholischer Feiertag ist, hat er von diesem Termin Abstand genommen.

Abg. Richter (D. Sp.) schlägt vor, den Keitstenausschuss am 19. Mai einzuberufen und ihn über einen früheren Zutritt des Reichstages beschließen zu lassen.

Das Haus beschließt jedoch, die nächste Sitzung am 31. Mai, 3 Uhr, abzuhalten und den Präsidenten zu ermächtigen, gegebenenfalls früher eine Sitzung einzuberufen. Der Präsident schlägt vor, auf die Tagesordnung zu setzen das Gesetz über den Volksentscheid, das Reichsgerichtsgesetz und das Gesetz über den Staatsgerichtshof.

Ein Antrag Hoffmann (Komm.), den Amnestieantrag auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag deselben Abgeordneten auf Entgegennahme einer Regierungserklärung. Für diesen Antrag stimmen mit den Unabhängigen und Kommunisten auch die beiden Rechtsparteien; dabei erweist sich ein Hamel'sprung als notwendig. Dabei erscheinen nur wenige Abgeordnete der Mittelparteien wieder im Saal, und das Ergebnis — 111 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen — ergibt eine neue Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Präsident Lobe: Die nächste Sitzung findet somit am 31. Mai, nachm. 3 Uhr, mit der von mir vorgeschlagenen Tagesordnung statt, wobei ich mir vorbehalte, noch weitere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Regierung eine Erklärung abgeben wird. — Schluß 3 1/2 Uhr.

besondere Verschulden zur Verantwortung zu ziehen, ist die Aufgabe der deutschen kriegsgegnereischen Sozialisten. Die Tapferkeit und Brutalität der wilhelminischen Machthaber entschuldigt aber in keiner Weise den britischen und französischen Imperialismus, der nicht minder verwerflich und heute weit gefährlicher ist als der niedergeschlagene deutsche Imperialismus. Und wie wir als Unabhängigen von je mit aller Energie in Deutschland den deutschen Imperialismus und Militarismus bekämpft haben, so lege ich Wert darauf, hier in England gegen den britischen Imperialismus, insbesondere gegen seinen Hauptvertreter Lord George meine Stimme zu erheben, denn der Imperialismus mit seinen verwerflichen Machenschaften ist der Hauptfeind, den ein Sozialist überall zu packen hat. Ich unterschreibe alles, was die vorherigen Redner hier in diesem Sinne ausgesprochen haben, insbesondere stimme ich auch dem zu, was unser Freund Tredelman in seiner vorzüglichen Broschüre „**Der Liberalismus zur Arbeiterpartei**“ über die unselbige Ententepolitik der systematischen Aushungerung Mitteleuropas während des Waffenstillstandes und nach dem Friedensschluß gesagt hat.

Da die betreffenden Ausführungen Tredelman's, auf die ich mich in meiner Rede bezog, unsern Genossen kaum bekannt sein werden, lasse ich sie in wortgetreuer Uebersetzung folgen: „Hier Jahre hatten die Wortführer der öffentlichen Meinung in England, ihnen allen voran die liberalen Führer, die Unmenslichkeit und Ausschweiflichkeit der preussischen militärischen Methoden dem allgemeinen Volk preisgegeben. Aber nunmehr nach Waffenstillstand, als der Frieden gesichert war, als es offenbar geworden war, daß die Wölfe während der Kriegszeit das Hauptmittel zur Zerstörung der Widerstandskraft unserer Feinde gewesen ist, setzen die verbündeten Regierungen geschnitten in verschärfter Weise den Aushungerungskrieg gegen ihren niedergeringeren Feind fort. Der Tod von Scharen unschuldiger Frauen und Kinder, der Ruin und die Aushungerung ganzer Völker, die doch ihre militärischen Herrschaftsquellen gestützt und ihre Regierungen demokratisiert hatten, dauert noch an, dank der Politik unserer Herrschaftsklasse. Wenn je die Geschichte unparteiisch die Schrecken dieses Krieges registriert, so werden die Verheerungen Belgiens, das Schicksal der Luftlinie, das Bombardement von London und Karlsruhe mit Recht verurteilt werden als Beweise dafür, wozu es die Menschheit in ihrer schlimmsten Entartung bringen kann. Aber der Gipfel aller Schrecklichkeiten wird doch die künftige Tortur und die Vernichtung Hunderttausender nach Friedensschluß sein. An dieser Unrecht trägt Groß-Britannien einen großen Teil der Mitschuld.“

Indem ich dem historischen Urteil meiner englischen Freunde zustimme, schreibe ich mich auch gerade hier in England der Verantwortung an, die sie über den Mißbrauch der Gewalt ausgesprochen haben, der in der Ententepolitik der Sanftionierung zutage tritt. Es ist ja das besondere Unheil der Gewaltpolitik gegenüber fremden Völkern, daß sie die Bedrängten auch wieder zur Gewaltanwendung in der Abwehr anhalten. Wie der englische Imperialismus und der französische Chauvinismus großgezogen wurden durch den erobersüchtigen deutschen Militarismus, so laugt jetzt die niedergeworfene Reaktion in Deutschland aus der Vergeltungspolitik der Entente neue Nahrung. Der Kampf dagegen kann nur auf die Weise zu einem glücklichen Ende gebracht werden, daß die Sozialisten eines jeden Landes ihre eigene Gewaltpolitik mit aller Energie bekämpfen. Wir deutschen Sozialisten haben die Kriegeszeit in unserem eigenen Lande niedergebitten, das kann uns aber nur helfen, wenn unsere englischen und französischen Freunde den Jingos und Chauvinisten rechtzeitig in den Arm fallen. Nur so kann der gemeinsame Kampf der internationalen Sozialisten gegen die kapitalistische Weltausbeutung und für den Sozialismus zu einem siegreichen Ende gebracht werden.“

Meine Ausführungen wurden von unseren englischen Genossen lebhaft unterzogen, und der stürmische Beifall am Schluß meiner Rede zeigte, daß die ganz überwiegende Mehrheit in dieser öffentlichen Volksversammlung volles Verständnis für den internationalen Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und militäristische Unterdrückung hatte, wie ja auch die Verhandlungen im Kongreß selbst nachgerade zeigen, daß unsere englischen Genossen diese ihre Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Zeit in demselben Sinne erfaßt haben und mit dem nämlichen Eifer bei der Arbeit wie wir Unabhängigen Sozialdemokraten hier in Deutschland.

Aus der Wirtschaft

Die Einfuhr von Luxuswaren

Nach Artikel 268 des Friedensvertrages ist Deutschland von Frankreich der Zwang auferlegt, auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages Rohstoffe und Fabrikate, die aus Elsaß-Lothringen kommen, bei ihrem Eintritt in das deutsche Zollgebiet abgabefrei passieren zu lassen, wobei allerdings die jährlich einzuführende Menge des Jahresdurchschnitts von 1911 bis 1913 nicht überschreiten soll. Die französische Regierung hat sich im Friedensvertrag das Recht vorbehalten, für jedes Jahr Deutschland die Art und Höhe der Erzeugnisse, die Zollfreiheit genießen, mitzuteilen.

Es erscheint nun angebracht, der arbeitenden Bevölkerung einige Zahlen der Jahresliste von 1921 mitzuteilen, die circa 120 verschiedene Warengruppen umfaßt und deren Konsum nur den bestehenden Klassen möglich ist. Nach dieser Liste muß Deutschland unter anderem die zollfreie Einfuhr folgender durchaus erstklassiger Luxusgüter erhalten, zu deren Produktion übrigens die deutsche Industrie selbst hinlänglich im Stande wäre:

Selbengarne und -gewebe ca. 850 Tonnen,
Wollgarne und -gewebe ca. 13 400 Tonnen,
Künstliche Blumen usw. ca. 150 Tonnen,
Brandwein 25 000 Hektoliter,
Schaumwein 1 365 755 Flaschen,
Wein 217 000 Hektoliter,
Konfitüren, Schokolade usw. 3000 Tonnen.

Wesentliche Verpflichtungen sind uns, wenn auch in beschränkterem Maße, hinsichtlich der Einfuhr luxemburgischer Waren durch den Friedensvertrag auferlegt.

Wenn man sieht, wie über diese erzwungene Einfuhr hinaus mit Genehmigung der Deutschen Regierung fremde Weine, fremde Pelze, Epiken, Parfüms, Automobile usw. von den Kapitalisten in bei derartigen Mengen importiert und verbraucht werden können, während die deutsche Arbeiterklasse immer größerem Elend entgegen geht, dann ist selbst bei dieser bürgerlichen Regierung die Frage angebracht: „Wo bleiben ihre Schutzmahnahmen und wie unterstützt sie den Kampf gegen das Schiedertum?“ Aber nichts kennzeichnet deutlicher die Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung, der Wirtschaftskontrolle Herr zu werden, als ihr Verfehlen in der Frage der Einfuhrkontrolle.

Wenn die französische Regierung, die durch die pöhlliche Trennung von Deutschland gefährdete Industrie des Elsaßes durch Zwangsmahnahmen zu schützen bestrebt ist, so erscheint das berechtiglich, und daß sie hierbei Produktionsziffern festsetzt, die in Elsaß-Lothringen niemals erreicht worden sind und deren Höhe die dortigen, amerikanischen, englischen und vor allem französischen Industrie bei dem Export nach Deutschland zugute kommt, so erscheint auch dies verständlich. Aber da der Schaumwein beispielsweise zum wichtigsten auf elsaßlothringischem Boden gewachsen ist, und die angeblich elsaßlothringische gewöhnlich in England oder Frankreich hergestellt und nur im Elsaß einpaßend wurde, besteht für jede deutsche Regierung die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, die unerwünschte Einfuhr dieser Luxusgüter im Interesse unserer Baluta, wenn auch nicht ganz zu verhindern, so doch nach Möglichkeit zu beschränken. Es ist ein Kennzeichen für die völlige Kollapsität und Unfähigkeit der jetzigen Regierung, daß sie bis heute noch nicht zu der Erkenntnis gelangt ist, daß die Einfuhr überflüssiger Luxuswaren aus politischen und wirtschaftlichen Gründen mit allen Mitteln bekämpft werden muß.

Die Auslieferung der württembergischen Erzlager und Hüttenwerke an das Finanzkapital

Die württembergische Regierung hat mit dem Daniel-Konzern einen Vertrag abgeschlossen, der die Hüttenwerke mit allen Betriebsmitteln und Betriebskapital und die Erzlieferung im ganzen Lande auf 30 Jahre verpachtet. Württemberg hat auch noch 5 Millionen Mark zu zahlen. Unter dem Namen Schwäbische Hüttenwerke wurde zwischen der Gutehoffnungshütte und dem Staat Württemberg eine G. m. b. H. gegründet mit einem Stammkapital von 10 Millionen Mark, wovon jeder Kontrahent mit der Hälfte beteiligt ist.

Die Hüttenwerke haben allein einen Wert von 25 Millionen Mark, die Werte der Erzfelder lassen sich heute auch nicht überschätzen. Dies alles gibt der Staat an eine kapitalistische Gesellschaft, in der er nicht einmal ein größeres Stimmrecht besitzt wie die Gutehoffnungshütte, die ganze 5 Millionen Mark mitbringt. Als Gegenleistung erhält E. Lüttemberg für einige Jahre eine verhältnismäßig geringe Pachtsumme, außerdem im Voraus 25 Prozent des Reinertrages. Der verbleibende Reinertrag wird hälftig an Württemberg und Gutehoffnungshütte verteilt.

Die Schwäbischen Hüttenwerke übernehmen, was ja selbstverständlich ist, die Angestellten und Arbeiter. Vom 1. April 1921 ab gelten die Angehörigen und Arbeiter als privat engagiert Lohn- und Gehaltsempfänger; über ihre am 1. April 1921 erworbenen Rechte und Ansprüche hinaus ist der Staat zu keinem Leistungen mehr verpflichtet.

Daß die Werke nach 30 Jahren wieder Eigentum des Staates werden, ist ein schwacher Trost, zumal in diesen 30 Jahren der Staat recht wenig zu sagen und gar nichts mehr darüber zu verfügen hat. Schon in den letzten Jahren hat man mit der Gutehoffnungshütte Hand in Hand gearbeitet. Die Fusion war wahrscheinlich schon lange geplant und es scheint auch fast, als hätte man deshalb die Reinerträge der letzten Jahre vollständig in den Werken aufgehoben lassen.

Die wirtschaftliche Krise, die Gefahr, von der Großindustrie isoliert zu werden und dann keine Aufträge zu bekommen, so daß die Werke keine Erzeugnisse abwerfen würden, haben die Regierung zu diesem Schritt veranlaßt. Durch den Wegfall der außerordentlichen sozialen Leistungen, der staatsbureaukratischen unrationellen Methoden soll angeblich den Werken die Konkurrenzfähigkeit mit der Privatindustrie gegeben werden.

Die bürgerlichen Vertreter im Finanzministerium akzeptierten diesen Vertrag, ohne ein Wort dagegen einzusprechen. Die Rechtssozialisten enthielten sich der Stimme und erklärten, daß dies aber nicht Ablehnung zu bedeuten habe, wegen der großen grundsätzlichen Bedeutung dieser Frage müßten sie erst, bevor sie entscheiden, Rücksprache mit ihrer Fraktion nehmen. Unsere Genossen lehnten selbstverständlich das Geschick grundsätzlich ab. Der württembergische Staat habe auch nicht nötig, diese das Volkswohl schwer schädigenden kapitalistischen Verleumdungen durch Freigabe wichtiger Produktionsmittel und Erdschätze an eine Finanzgruppe zu fördern. Andere Genossen verlangten die Sozialisierung dieser wichtigen Betriebe des Staates und der Privatbetriebe und ihre Weiterführung unter Ausschaltung des Kapitalprofits. Der Protest unserer Genossen war wirkungslos. Alle anderen Parteien haben eben gewillt, die Interessen und das Wohl der Allgemeinheit den privatkapitalistischen Profitinteressen der modernen Industriemagnaten zu opfern.

Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Partei findet in Berlin vom 18. bis 24. September statt.

Gemeinsamer Kampf in England und Deutschland gegen den Imperialismus

Von Georg Ledebour.

Als mich die Parteileitung der U. S. P. beauftragte, unsere Partei auf dem Jahreskongreß der U. S. P. in Southampton zu vertreten, übernahm ich damit eine vielseitige Aufgabe. Ich mußte suchen, ein genaueres Verständnis zu finden für die Tätigkeit unserer englischen Freunde und die Entwicklung ihrer Bewegung, ich mußte mich aber auch bemühen, den englischen Genossen die Arbeit, die wir verrichten haben und noch zu verrichten gedenken, verständlicher zu machen, damit aus dem gegenseitigen besten Verständnis ein fruchtbringendes internationales Zusammenwirken herauswachsen kann. Indes auch darüber noch hinaus kommt es für jeden deutschen Sozialisten in England, wie für jeden englischen Sozialisten in Deutschland noch darauf an, die Völkerverständigung zu verschärfen, die aus dem Kriege zieldienstlich emporgewachsen, das gelamte Leben beider Völker überschattet.

Solchen Aufgaben völlig gerecht zu werden, übersteigt natürlich die Kraft eines einzelnen, ich mußte mich jedoch bemühen, in der kurzen Spanne Zeit, die mir zur Verfügung stand, mein Scherlein zu dieser Aufklärungsbewegung beizutragen. Dazu hatte ich Gelegenheit in beständigem Privatverkehr mit den englischen Genossen. Zweimal kam ich auch zu öffentlichen Ansprachen. Als ich am Ostermontag ebenfalls in Southampton ankam, wurde ich sofort ersucht, in einer öffentlichen Volkspersammlung das Wort zu nehmen. Ich benutzte diese Gelegenheit, um einer misshandelnden Ausnutzung unseres Kampfes gegen den heimischen Imperialismus entgegenzutreten, mit der unseren englischen Genossen die Bekämpfung ihrer eigenen Jingos erschwert wird. Da uns auch hier zu Lande solche Mißhandlungen zu schaffen machen, will ich diesen Teil meiner Rede kurz zusammengefaßt hier wiedergeben. Nachdem ich dargelegt hatte, daß die deutsche U. S. P. aus der Bekämpfung der Kriegspolitik entstanden und durch die Niederwerfung der gelamten monarchistisch-junkerlichen Reaktion erstarkt ist, fuhr ich fort:

Englische Freunde, die mich in Deutschland besuchten, haben mir gesagt: „Ihr deutschen Unabhängigen bereitet unserer Bekämpfung des britischen Imperialismus große Schwierigkeiten, wenn ihr die deutsche Regierung als Hauptschuldige an dem Weltkriege anlagt, denn unsere Jingos berufen sich auf Euch, um die Ententepolitik zu rechtfertigen, die von der Auffassung ausging, das deutsche Volk müsse wegen der Verhöhnung seiner Regierung hart bestraft werden.“ Ich weise demgegenüber darauf hin, daß genau in der nämlichen Weise auch die deutschen Chauvinisten die Anklagen englischer Sozialisten gegen die Kriegspolitik ihrer eigenen Regierung in der Polemik gegen uns sich zunutze zu machen suchen. In beiden Ländern haben die sozialistischen Kriegsgegner diesen demagogischen Kniff ihrer eigenen Militaristen und Imperialisten durch den Hinweis zu entkräften, daß es eben die Pflicht eines Sozialisten in jedem Lande ist, den heimischen Imperialismus mit aller Macht zu bekämpfen. Hauptfeind der deutschen Sozialisten ist der deutsche Imperialismus, der deutsche Militarismus, der deutsche Kapitalismus, und ebenso hat der englische Sozialist den englischen Militarismus, Imperialismus und Kapitalismus zu bekämpfen.

Wir find der Auffassung, daß der Ursprung des Krieges letzten Endes zu suchen ist in dem Konkurrenzkampf der Kapitalisten der verschiedenen Länder untereinander um die Ausbeutung der Menschheit. Die kapitalistischen Großmächte mit ihren Heeren und ihren Flotten sind die Werkzeuge in diesem Kampf. Der Weltkrieg wurde durch weitestgehende Wettbewerbsvorbereitung, schließlich die Punkte an das gesättigte Pulverfaß gelegt zu haben, ist allerdings die besondere Schuld der deutschen Regierung, die in ihrer plumpen Großmannschau sich der besser gekulten Diplomatie der Weltmächte nicht gewachsen zeigte. Sie für dieses

